

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 M., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Zeile oder deren Raum 7,50 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



# Lübeker Volksbote

Nummer 175.

Samstag, 29. Juli 1922.

29. Jahrgang.

## Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 29. Juli.

Der Kommunismus in Rußland lebt von den Maschinengewehren und Bajonetten der Roten Armee. Der Kommunismus in Deutschland nährt sich von Geschimpf und Spaltung.

Die Sozialisten beider Richtungen bewegen sich ehrlich auf dem Wege der Einigung vorwärts. Die Kommunisten aller sieben Spaltungen machen die größten Anstrengungen, diese Einigung zu hintertreiben.

Die kommunistische Partei hat an alle ihre Ortsgruppen geheime Vorschriften erlassen, durch Wühlerei und Hebe die Arbeiterschaft zu beunruhigen und zu zerkleinern, um sie von ihrem großen Ziel, der Einigung des Proletariats, abzulenkten.

Getreulich wird diese Parole auch in Lübeck befolgt. Wir beobachten, daß nicht alle Lübeckischen Proletarier die beiden letzten Bürgerchaftssitzungen anhören konnten. Sie hätten ein Bild von der neuen kommunistischen Kampfweise bekommen, das sie alle von den kommunistischen Fäseln für alle Ewigkeit geheilt hätte.

Es wird niemand in Abrede stellen können, daß der „Volksbote“ seine ganze Kraft in den Dienst des Kampfes gegen rechts stellt, gegen die Reaktion und das Kapital. Er hat es immer verschmäht, sich zur Freude des Bürgertums mit den Kommunisten und ihren Heldentaten viel herumzuschlagen.

Aber die kommunistische Partei muß verkümmern und verkommen, wenn in den Reihen der Arbeiter Friede und Geschlossenheit herrscht. Sie will deshalb, heßt, stänkert, verleumdert; sie zertrümmert die einheitsliche Arbeiterlinie, wo sie immer kann.

In den beiden letzten Bürgerchaftssitzungen hat der Kommunist Heilborn, statt wie die Vertreter der Sozialdemokratie gegen rechts zu sprechen, all seine russisch-kommunistische Galle gegen die Sozialdemokratie verspritzt. Höhnisch und zufrieden leuchteten die bürgerlichen Gesichter auf; die kurzfristige Einheitsfront nach der Rathenaubemonstration war also schon zerstört. Habt dank ihr Heilborn des Bürgertums, so mag im Herzen mancher Reaktionär gedacht haben.

Einige sozialdemokratische Zwischenrufe sollten den kommunistischen Sprecher zur Besinnung bringen. Sie bewirkten das Gegenteil! Erregt und mit den Armen suchtelnd wandte sich Heilborn um, und besonders war es jetzt der Genosse Leber, dem Vorkämpfer der Einheitsfront, auf den die Wasserfälle seines Schimpfstromes sich ergossen.

Vor bald einem Jahre schon hat der Feldwebel der Hausbesitzer, Dietrich, sich an dem militärischen Rang, den der „Sozialdemokrat“ Leber im Kriege bekleidete, gerieben. Einige Zeit darauf trat der „demokratische“ Kriegervereiner Echolt in die gleichen Fußstapfen. Und jetzt spielt der Kommunist Heilborn den „ritten im Bunde“. Wahrhaftig! ein amüsanter Kleeblatt. Es wäre ganz interessant, von diesen drei Herren zu erfahren, welches „Geschäft“ sie denn im Kriege betrieben haben. Vielleicht haben sie damals schon eine „Einheitsfront“ gebildet, irgendwo weit ab vom Schuß.

Aber uns sind die sachlichen Beweggründe der Sozialisten jetzt das allein Wichtige. Wir begraben deshalb die persönlichen Anzuspinnungen in der Schlamme der Geschmaßlosigkeit, wo schon so manches gegen uns Geschleuderte den sanften Schlaf der Vergessenheit schlummert.

Nur rein stimmungsgebend sei uns die Bemerkung gestattet, daß Herr Heilborn sich mehr und mehr zu einem „Radek in der Westentasche“ entwickelt.

\*

Es gibt drei Arten von Journalisten. Die ersten leben von ihrem Kopf; die zweiten ziehen ihre Kenntnisse aus politischen Nachschlagewerken; die dritten aber sind von ganz besonderer Güte: sie fangen ihre ganze Wissenschaft aus den langen Fingern ihrer Phantasie.

Die „Lüb. Neuesten Nachrichten“ schreiben in einem eigenen Artikel folgende Weisheit:

„Man konnte sich auch ausmalen, daß die verflochtenen Reichstagswahlen, mit ihrem gewaltigen Stimmenverlust für die Unabhängigen, der letzte Kampf der Breitscheidler gegen die Scheidemann-Richtung gewesen sind.“

Bedauerlich, haben die letzten Reichstagswahlen (nach dem App-Putsch) den Unabhängigen das Gegenteil von Stimmenverlust gebracht: gewaltigen Stimmenzuwachs. Nicht weniger als 4 900 000 Stimmen wurden auf die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie abgegeben. Keine einzige bürgerliche Partei hat diese Zahl auch nur annähernd erreicht (Erst nach die kommunistische Spaltweise wurden die unabhängigen Stimmen etwas gelichtet). Außerdem ist die Bezeichnung des Kampfes mit den Namen Breitscheid und Scheidemann abfolgt. Beide verbarren im proletarischen Einheitskampf

nicht die Mehrheit ihrer Partei; beide waren seit langem Verfechter des sozialistischen Zusammenschlusses.

Eine unglückliche Phantasie hat also dem guten Artikelschreiber des Lübeker volksparteilichen Blattes einen bösen Streich gespielt. Vielleicht wird er in Zukunft seine Kenntnisse etwas ergänzen; bevor er wieder mit den Sozialisten anbindet. Denn auf die Dauer kann niemand von uns verlangen, daß wir die Risse in volksparteilichen Gedächtnissen mit edler und hilfreicher Nachsicht ausbessern.

\*

Die Amtsblattfrage ist noch immer ungeklärt. Der Senat wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die amtlichen Anzeigen im „Volksboten“ erscheinen sollen. Er hat eine merkwürdige Abneigung gegen dieses Blatt.

Jetzt ist der Senat sogar bereit, ein besonderes Amtsblatt zu gründen. Zehn Tage haben genügt, das fertig zu bringen, was vorher drei Jahre nicht vermochten. Hin und wieder kann der Senat also auch etwas eiliger zu seinen Entschlüssen kommen, trotz aller Erwägungen und Bedenkllichkeiten.

Aller Voraussicht nach wird die Bürgerchaft auch mit dem neuen Senatsvorschlag kein Mitleid haben. Sie wird ihren Beschluß vom 17. Juli aufrechterhalten!

Vor einigen Tagen haben wir übrigens dem Stadt- und Landamt Unrecht getan. Wir schrieben, es hätte sich an den Verlag der „Lüb. Anzeigen“ besonders gewandt, mit der Aufforderung, einen Vorschlag für ein zu gründendes Amtsblatt einzureichen. Das entspricht, wie das Stadt- und Landamt uns mitteilt, nicht genau den Tatsachen. Alle Lübeker Verlage wurden zu einer Besprechung geladen. Der Verlag des „Volksboten“ allerdings wurde einen Tag später aufgefordert als die anderen, weil die telephonische Verbindung am ersten Tage nicht funktionierte habe.

Wir stellen das gern richtig. Bemerken aber dabei, daß solche Besprechungen sinnlos sind, solange der Beschluß der Bürgerchaft besteht. Und die Bürgerchaft wird von diesem Beschluß nicht so leicht abgehen.

\*

Nur in „besonderen“ Ausnahmefällen sind die Lübeker Behörden etwas eiliger. Für gewöhnlich sind sie langsam, sozusagen aus Tradition langsam. Einige Straßennamen sollen geändert werden. Gewiß! Aber noch nicht! Noch eine kleine Weile will man die alten wunderschönen Namen genießen. Vielleicht bringt der Weihnachtsmann die neuen Straßenschilder. Besonders liebevolle Hausväter legen manchmal tausendfach versprochene Sommerferien ihrer Familie unter den Weihnachtsbaum. Und sind dann noch ganz erstaunt, wenn keine dankbaren Freudenlässe sie ersticken!

## Die Einigung des Proletariats.

SPD. Berlin, 28. Juli. (Drahtmeldung.)

Vertreter der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei traten am Freitag, 28. Juli, zu einer Sitzung zusammen, in der eine allgemeine Aussprache über die Frage der Einigung beider Parteien stattfand. Es herrschte auf beiden Seiten Einmütigkeit darüber, daß die Selbständigkeit beider Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden dürfe, bis die Parteitage Stellung genommen haben, daß aber andererseits in der Presse, in Versammlungen und in öffentlichen Vertreterkörperschaften alles zu vermeiden ist, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verständigte sich über die Notwendigkeit, vor den beiden Parteitagungen Beratungen über die programmatischen und organisatorischen Fragen stattfinden zu lassen, um die Parteitage in die Lage zu versetzen, zur Einigungsfrage positive Stellung zu nehmen.

1 Dollar = 551 Mark.

Berlin, 28. Juli.

Der Berliner Devisenmarkt stand am Freitag im Zeichen sehr lebhafter Nachfrage. Die Ablehnung der von Deutschland nachgesuchten Aenderung des Ausgleichsverfahrens und die vorläufige Aufschubung der Londoner Konferenz nötigten die Importeure, sich mit ausländischen Zahlungsmitteln einzudecken. Außerdem wirkte die Veröffentlichung des Reichsbankausweises, der wieder eine Zunahme des Notenumlaufes um 1,589 Milliarden Mark auf 177 Milliarden Mark aufweist, und das Anwachsen der schwebenden Schuld Deutschlands auf mehr als 300 Milliarden ungünstig auf die Bewertung der Mark ein. Amtlich notierten: Kabel New York 551, London 2447½, Holland 21 200. An der Effektenbörse zeigt sich eine Zunahme der Unternehmungslust. Die Hausse in ausländischen Renten und in Österreichisch-ungarischen Papieren dauert an. Von einheimischen Industriaktien sind besonders gesucht: Montanwerte und Textilaktien. Auch in Kolonialwerten fanden lebhafte Umsätze statt.

## Das Schreiben des Reichspräsidenten.

Berlin, 28. Juli.

Das dem bayrischen Ministerpräsidenten, Graf Lerchenfeld, heute vormittag durch den Grafen Zeß überreichte Schreiben des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident! Die Stellungnahme der bayrischen Staatsregierung gegenüber dem Gesetz zum Schutz der Republik erfüllt mich mit ernster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Ich möchte mich zu dem mir durch die Verfassung gewiesenen Schritt erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, daß Sie, Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals in Erwägung eintreten, ob es nicht möglich erscheine, Ihnen und mir diese so unerwünschten Schritte zu ersparen.

Ich benutze die Gelegenheit, um gegenüber den in Bayern aufgetauchten Befürchtungen mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, in dem Gesetz werde die systematische Beilegung der bayrischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schmerzlichen Not der Gegenwart geborenen und nur für einen bemessenen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten unseres bedrohten staatlichen Daseins. Sie sollen und können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen. Der, in der Reichsverfassung fest begründet, gerade die Stärke des Reiches darstellt, und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitischen gleichermäßen gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich mir die Bitte erlauben, mir in tunlichster Weise Ihre Antwort zuzugehen zu lassen. Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung

Ihr ergebener

gez. Ebert.

## Lerchenfeld überlegt.

Aus München wird uns gemeldet:

Graf Lerchenfeld wird das Schreiben des Reichspräsidenten vorläufig nicht persönlich beantworten, sondern über die jetzt einzuschlagende Haltung der bayrischen Regierung mit den Parteiführern Beratungen abhalten. Wie verlautet, beabsichtigt die bayrische Regierung jedoch nicht, die vom Reichskabinett einstimmig als rechtmäßig bezeichnete Notverordnung ohne weiteres rückgängig zu machen.

## Hebe in München.

München, 28. Juli (Eig. Drahtb.).

Schon vor Bekanntgabe des Briefes des Reichspräsidenten an den bayrischen Ministerpräsidenten sind in Bayern Kräfte am Werk, die mit allen Mitteln jegliche Verständigung zu vereiteln suchen. Auf die Mitteilung hin, daß Graf Lerchenfeld unter Umständen durch persönliche Aussprache in Berlin die Konflikte aus der Welt schaffen will, tobte die Ordnungspresse bereits und stellt das strikte Verlangen an den Ministerpräsidenten, daß er unter keinen Umständen München verlassen und durch persönliche Verhandlungen die gegenwärtige Krise beilegen dürfe. Raum hat ein Berliner Blatt eine Möglichkeit der Lösung des Konflikts durch Errichtung eines bayrischen Senats beim Staatsgerichtshof angeregt, da protestieren diese Blätter, deren Endziel die Sprengung der deutschen Republik ist, gegen die „Erfahrung der öffentlichen Meinung“ und das faule Kompromiß. Bei dieser Gelegenheit werden Phrasen in die Welt gesetzt, wie z. B. der deutsche Staatsgerichtshof entspreche tatsächlich der russischen-bolschewistischen Strafprozedurordnung, und ein Schlagwort einer Bauernversammlung in Endelhausen: einem Dorf von wenigen hundert Einwohnern, durchläuft die ganze Presse: „Vor ein Volksgericht gehört, wer die Verfassung zugunsten des Bolschewismus ändert“. Diese dummbreitesten Sprüche, mit denen man das Volk vergiftet, finden ihre Ergänzung durch die weisheitsvollen Worte des bayrischen Innenministers Schweger, des ehemaligen Staatssekretärs des Herrn v. Kahr. Er beantwortete einen Antrag der USP. im Landtag auf Ausweisung des Wittelsbacher Kronprinzen, der glaubt, in die Rechte seines Vaters eingetreten zu sein, mit den Worten: „Vor solchen Gefühlen gegenüber dem angekränkelten Königshause (!) empfinde ich nur Ekel.“ Als unsere Landtagsfraktion Beschwerde darüber führte, daß der Vorsitzende den Minister des Innern nicht zur Ordnung gerufen habe, erklärte dieser, dazu bestesse kein Anlaß. Weiter erlaubte sich dieser Schüler des Herrn v. Kahr die lediglich auf die Indolenz der Massen zielende Behauptung, der Genosse Auer habe am 28. Juni, als er mit einer Handvoll Parteigenossen die trotz des Rathenau-Mordes durchgeführte nationalsozialistische Demonstration am Königsplatz übermächte, den Sturz der Regierung!



beabsichtigt. Mit solchen Schlagworten versucht man selbst von hoher Regierungsseite aus die Stimmung im Volk reich für den Bruch mit dem bolschewistischen Norden zu machen.

Der Hauptredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein Mann, der die Reklame liebt und rein aus Gründen der Reklame leinzeit den Eisen-Dokumenten-Prozess zusammen mit dem Verleger der „Süddeutschen Monatshefte“ mit großen Kosten und großem Geschrei durchgeführt hat, fühlt sich jetzt bemüht, in seinem Blatt einen offenen Brief an den Reichspräsidenten abzugeben. Der offene Brief strotzt von Verdrehungen und Schmeicheleien, wie sie von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht anders erwartet werden können. Er stellt eine Verurteilung der verfassungswidrigen bayrischen Verordnung dar, wie sie einseitiger nicht betrieben werden kann.

## Eine Umfrage über die Poststrennung!

München, 29. Juli. (Wolff. Stg.)

Die „Frankfurter Tagespost“ macht heute folgende Mitteilung: Dieser Tage wurden die Bürgermeister der Oberpfalz von der Regierung geladen und dort gefragt, wie die Stimmung in ihren Gemeinden über die Poststrennung am Reich sei. Das Blatt knüpft an diese Mitteilung folgende Fragen: Trägt die bayrische Regierung sich bereits mit solchen Gedanken, trotzdem sie in ihren Verlautbarungen immer die Schuld auf das Reich zu schieben versucht? Hat man in München das Verantwortungsgefühl ganz verloren, daß man bereits geheime Pläne zwecks Zurücknahme des Reiches trägt?

## Jules Guesde †

SPD, Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Jules Guesde ist am Freitag vormittag verstorben. Mit Jules Guesde verstorben nicht allein der letzte Vertreter jener Vorkämpfertruppe, die sich um Karl Marx in der ersten Internationalen prapuzierte und das weltverbreitende Evangelium des Sozialismus in allen Sprachen der modernen Welt mit dem schärfsten Wort der Wissenschaft verbandelt, mit Jules Guesde verstorben zugleich der Gründer der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Jahrzehnte hindurch zugleich ihr glänzendster und beredtester Führer war.

Der Jules Guesde persönlich zu kennen den Vorzug hatte, der weiß auch, daß sich hinter den schneidenden, dogmatischen und stets kampfbereiten Äußeren eine feine, fast kindliche Künstlerseele verbarg. Der kennt auch das Gesicht dieser dominierenden Erscheinung. Guesde ist am 11. November 1845 in Paris als Sohn einer Familie von Antikensammlern geboren. Er widmete sich gleichfalls dem Studium; außerordentlich begabt, bestand er schon mit 17 Jahren das Professorenexamen. Noch diese merkwürdige Karriere hat es nicht hinter den Schindbühnen. Er arbeitete schnell in die Journalistenlaufbahn, von da auf die Redaktionstribüne, die seinen einen glänzenden Vertreter aufzuweisen hatte.

Und dann kam der Kommunismus. Guesde wirkte damals in der Provinz. Nach der Niederlage des Aufstandes emigrierte er nach Genf, von wo aus er erst 1876 nach Frankreich zurückkehren konnte, wo er sofort fast allein den Kampf für den Sozialismus annahm. In Lausanne fand er einen ebenbürtigen Weggenossen, wenn auch Lausanne bei weitem nicht an die Bedeutung von Guesde heranreichte. Mit Lausanne war Guesde der Apostel und Führer der 1880 gegründeten Sozialistischen Partei. Als sich die Partei bald darauf spaltete, blieb Guesde mit Lausanne Führer des marxistischen Flügel. Guesde gehörte zu den Naturen, die nicht zu pazifizieren verstehen, die keine Konzessionen machen. Was Wunder, daß dieser Gelehrtenkopf, dieser glänzende Schriftsteller, arm blieb, obwohl er auch einmal 1914 Minister war. Als Mitglied der Regierung der nationalen Verteidigung, die am 28. August 1914, dem Augenblick der höchsten Gefahr, gebildet wurde, und der außer ihm auch Sembat als Delegierter der Sozialdemokratischen Partei angehörte.

Seine merkwürdige Erscheinung, an der er sein Jahrzehnten litt, verleiht ihm jede intensive Tätigkeit. Nichtsdestoweniger überregte seine Erziehung die sozialdemokratische Partei bis zum Krieg; während sie er nicht mehr hervorzuweisen. An seinem Grabe brugen sich ehrerbietig auch die erbitterten Feinde des Sozialismus.

## Die Verminderung der Ausgleichsraten abgelehnt.

Berlin, 29. Juli.

Amlich wird mitgeteilt:

Auf die Note, die die deutsche Regierung in Zusammenhang mit dem Wozaroriumsgesetz vom 12. Juli den beteiligten alliierten Regierungen wegen der Verabreichung im Ausgleichsverfahren und dem Urteil der gemischten Schiedsgerichte — Artikel 297e — übermietet hat, ist die Antwort der französischen Regierung eingegangen.

Darin werden die deutschen Vorschläge, die dahin gehen, die im dem Londoner Abkommen vom 10. Juli 1921 vereinbarten monatlichen Pauschalzahlungen von 2 Millionen Pfund Sterling zur Abdeckung der Verbindlichkeiten im Ausgleichsverfahren auf 500000 Pfund Sterling herabzusetzen und der Besorgnis darüber zu treffen, daß aus den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Wozaroriums keine Entschädigungen zu ordnen werden, in ungewöhnlich scharfer Weise abgelehnt. Die französische Regierung stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsraten im Ausgleichsverfahren die Kündigung des Abkommens vom 28. 6. 1921, die nach ihrer Meinung auch die Aufhebung der späteren Vereinbarungen über die Abdeckung der Verbindlichkeiten aus Artikel 297e zur Folge haben würde, das Verbot an die französischen Ausgleichsrichter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen auf förmliche Durchführung des Friedensvertrages in Aussicht. Dazu würde, wie in der Note ausdrücklich wird auch die Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner weil über die Zahlungen aus dem Friedensvertrag hinausgegangen sei. Für den Fall der Aufhebung des genannten Gesetzes und der Abrechnung mit den deutschen Schuldner zum vollen Tageskurs, erbietet sich die französische Regierung, die notwendigen deutschen Schuldner, die sich dem Reichsausgleichsgesetz gegenüber zum Abbruch des Ausgleichsverfahrens erklären, entgegenzunehmen, um durch Veröffentlichung ihrer Namen in den öffentlichen Verzeichnissen einen Druck auf sie auszuüben. Demgemäß der Artikel 297e des Abkommens vom 28. 6. 1921, der die deutschen Schuldner die Erfüllung ihrer Staatsangehörigen

wegen der Liquidation des deutschen Eigentums auferlegt, suspendiert oder verlangsamt. Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer Frist von 10 Tagen, die vom 26. Juli läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie andernfalls gewisse nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirksamkeit treten lassen werde.

## Endgültige Verschiebung der Londoner Konferenz.

Paris, 29. Juli.

An amtlicher französischer Stelle wurde gestern abend erklärt, daß eine Zusammenkunft Poincarés und Lloyd Georges für die nächste Zeit nicht bevorsteht, sondern daß eine Verschiebung der Londoner Unterhaltungen auf einen „ziemlich entfernten Zeitpunkt“ jetzt für sicher gehalten werden kann.

## Belarischluß im Moskauer Prozeß.

Moskau, 28. Juli.

Nach 31 Tagen hat das Revolutionstribunal die Beweisannahme im Moskauer Sozialistenprozeß für abgeschlossen erklärt. Die Gerichtsöffnung vom 27. d. Mts. wurde mit den Plädoyers eröffnet. Als erster kam der Vertreter der Staatsanklage, der Volkskommissar für Bildungsweisen, Lunatscharski, zu Wort.

In leitenden Sowjetkreisen sagt man mit Bedauern, daß der erwartete Effekt des Moskauer Sozialistenprozesses ausgeblieben sei. In Anbetracht der unbestrittenen politischen Haltung der Anklagten vor Gericht fordert nunmehr das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei die Todesstrafe.

## Reise in der ungarischen Regierung.

Budapest, 28. Juli.

Wie berichtet, sind die Schwierigkeiten, mit denen die ungarische Regierung in der Frage der Bodensteuerreform zu kämpfen hat, so groß, daß der Finanzminister verabschiedet wurde, seine Demission einzureichen. Weiter wird erklärt, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit die Absicht habe, zurückzutreten.

## Ein Kabinett Orlando.

Rom, 29. Juli.

Nach einer mehrstündigen Besprechung de Navas mit Orlando in Privatbesitz beide nach Rom zurück, wo sie eine längere Unterredung mit dem Kammerpräsidenten de Nicola hatten. Der „Giornale d'Italia“ kann sie überein, daß Orlando ein rechts orientiertes Kabinett bilden soll, in dem de Nava eines der wichtigsten Minister übernehme und dem de Nicola seine Mitarbeit als Kammerpräsident zusichere. De Nava hat sich heute nachmittags zum König begeben und ihm erklärt, daß die Lösung der Krise in den Händen Orlando's liege. Man erwartet nunmehr mit Bestimmtheit ein Kabinett Orlando-Nava.

## Aufbruch in Ravenna.

Rom, 29. Juli. (Wolff. Stg.)

Die Lage in Ravenna wird immer gespannter. Die Faschisten haben das Zentralgebäude der Generalität in Brand gesetzt. Straßenräuerei haben fortgedauert, bei denen 12 Tote und viele Verwundete die Opfer wurden. — In der Provinz Romagna ist der Generalstreik erklärt worden.

## Säuberung der Sicherheitspolizei!

Trotz der Republikanisierung der Verwaltung und der Rücknahme wird in immer höherem Maße auch eine Säuberung der Schutzpolizei von antirepublikanischen Elementen gefordert. Logischerweise kann man in der Presse Klagen über eine antirepublikanische Herdigung von Offizieren der Schutzpolizei im Dienste lesen. Die sich daran knüpfende Kritik ist jetzt aber leider oft über das Ziel hinaus, macht unberücksichtigterweise die vorgelegten Stellen für das monarchistische Treiben ihrer Untergebenen verantwortlich und gelangt dabei nicht selten zu Verallgemeinerungen, die bei der Mehrzahl der Angehörigen der Schutzpolizei, die treue Republikaner sind, Erbitterung hervorrufen. Mit einer derartigen Kritik wird die Republikanisierung der Schutzpolizei jedoch nicht gefördert. Viel wirksamer ist hingegen eine sofortige Säuberung aller monarchistischen Ausschreitungen an die vorgelegten Stellen. Diese sind verpflichtet, überall energisch durchzugreifen. Wie ernst es dem französischen Ministerium des Innern mit der Säuberung einer absolut zuverlässigen republikanischen Schutzpolizei ist, zeigt folgende vom „Soz. Parlamentsdienst“ veröffentlichte Zusammenfassung über die Entlassung monarchistischer Schutzpolizisten in den letzten Wochen:

Ein Soch ist ein Polizei-Hauptmann vom Dienst entlassen worden, dem eine Verletzung seiner Berufspflichten im verfassungswidrigen Sinne zur Last gelegt wurde.

Aus den gleichen Gründen ist gegen zwei Polizei-Offiziere in Metz ein Disziplinar-Verfahren eingeleitet worden.

Ein Polizei-Leutnant in Sensburg wurde entlassen, weil er sich an einer Waffenschiebung beteiligt hatte.

Ein Disziplinarverfahren, mit dem Ziel der Dienstentlassung wurde gegen einen Polizei-Leutnant in Breslau eingeleitet, weil er eine Sammelbestellung auf die vom Ordensrat des „Verbandes nationalsozialistischer Soldaten“ verleierte Ehrenabzeichen des Weltkrieges am „heilig schmerzweiß-roten“ Bande, trotz des ausdrücklichen Verbotes des Reichspräsidenten, in dem die Republik und die Regierung geschmäht wurden, übernommen hatte.

Gegen sechs Polizei-Offiziere ist das Entlassungsverfahren eingeleitet, weil sie im Unterricht auf der höheren Pol.-Schule in Elbe beleidigende Zuschriften gemacht haben, die sich auf den Reichspräsidenten und die Verfassung bezogen.

Ein Pol.-Oberst in München ist entlassen worden, weil er sich in Uniform an einer monarchistischen Kundgebung beteiligt hat.

Ein Pol.-Oberwachmeister in Breslau mußte den Dienst quittieren, weil er im Dienst eine Gefährdung bestrafte, die mit der Truppe zur Verfügung nicht in Stellung zu bringen war. — Ein anderer Breslauer Pol.-Offizier hatte sich an militärischen Übungen im Lager Bergland beteiligt, die mit der Geheimorganisation C in Verbindung gebracht werden. Er ist vom Dienst entlassen worden.

Zwei Hilfsbesetzer Pol.-Offiziere gehörten dem „Stahlhelm“ an und haben für diesen Verein gearbeitet. Gegen sie ist das Entlassungsverfahren eingeleitet.

Sechs Pol.-Offiziere in Hannover haben sich gelegentlich eines Kampftages im Garten der früheren Kriegsschule in

Hannover antirepublikanisch aufgeführt. Die Entlassung ist vom Minister verfügt worden.

Zwei Offiziere in Bay. haben ihre Berufspflichten bei einer Kundgebung für den General Lohmann bezw. eines Sportfestes des naturistischen Reitervereins grollig verletzt. — Ein anderer solcher Offizier hat sich bei der Unternehmung durch eine Ministerial-Kommission die ungehörigsten Bemerkungen über die Befugnisse seiner Vorgesetzten erlaubt. Die beiden ersteren sind mit einem strengen Verweis bestraft und veretzt worden; der letztere wird entlassen.

Zwei Offiziere in Marienwerder haben durch herabschende Bemerkungen über die Regierung den Beweis ihrer illiberalen Gesinnung gebracht. Auch sie sind entsprechend bestraft worden.

## Durchführung des preussischen Amnestiegesetzes.

Die Zusammenfassung des Gnadenauschusses.

Berlin, 28. Juli.

Der preussische Justizminister hat bereits durch Rundverfügung vom 12. d. Mts. den Justizbehörden Belehrung über die auf Grund des Amnestiegesetzes zu treffenden Verfügungen und Entscheidungen zur Pflicht gemacht und die Generalstaatsanwaltschaften, das Gesetz nach seinem Inkrafttreten durch die Amtsblätter bekannt zu machen. Durch eine allgemeine Verfügung vom 26. d. Mts. sind, wie der amtliche preussische Pressedienst meldet, weitere Anordnungen über die Anhörung der Beteiligten und ihre Belehrung über die Bestimmungen des Gesetzes, besonders über das Recht zur Anrufung des durch § 4 des Gesetzes vorgesehenen Ausschusses, getroffen. Das Staatsministerium hat beschließen, daß dieser Ausschuss sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen soll, die sämtlich dem Landtag angehören: Dr. Siegfried Rosenfeld (Erlagmann Kuttner), Hornwald, Berlin (Frau Becker), Dr. Seelmann (Dr. Kaufmann), Dr. Kriege (Dr. v. Synner), Dr. Liebknecht (Leib), Kuschke (Dr. Preuß), Menzel, Halle (Dr. Meyer, Döpreußen). Der Ausschuss wird im preussischen Justizministerium, Berlin W 8, Wilhelmstraße 65, tagen und hat dort seine Geschäftsstelle.

Der Justizminister hat ferner gemäß der Entschlebung des Landtags, durch welche das Staatsministerium ersucht ist, in eine Nachprüfung der aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks abgeurteilten Straffälle einzutreten, durch eine allgemeine Verfügung vom 26. d. Mts. die erforderlichen Anordnungen für eine Prüfung dieser Sachen unter dem Gesichtspunkt der etwaigen Herbeiführung von Gnadenurteilen getroffen.

## Die Leoprechting-Begebenheit.

Durch die reaktionäre Presse geht immer wieder die Behauptung, Leoprechting sei von der preussischen Regierung dadurch unterstellt worden, daß Staatskommissar Weichmann ihm die Summe von 15000 Mark für seine Korrespondenz überwiesen habe. Dieser Behauptung steht folgender Sachverhalt gegenüber:

Das Preussische Staatskommissariat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hatte zu Kontrollzwecken neben andern Korrespondenzen auch den Nachrichtendienst Leoprechtings abmontiert. Eines Tages erschien der Herausgeber im Staatskommissariat, wo er von einem Referenten empfangen wurde. Diefem teilte er mit, daß es ihm — allerdings nur unter hohem Kostenaufwand — möglich sei, umfangreiches Material über rechtsradikale Umsturzbestrebungen zu erhalten und zu veröffentlichen. Leoprechting forderte einen Abonnementpreis von 15000 Mark für ein halbes Jahr. Probestelle wurde auf dieser Grundlage das Abonnement erneuert. Aber schon bei der dritten oder vierten Lieferung erkannte man, daß das Material Leoprechtings ein Produkt seiner reichen Phantasie war. Infolge der Entlarung dieses Schwindels wurden sofort Schritte gegen Leoprechting unternommen. Durch seine Verhaftung erübrigten sich weitere Maßnahmen des preussischen Staatskommissariats.

Aus diesem Tatbestand heraus kann man unmöglich eine Unterstellung Leoprechtings konstruieren. Das Staatskommissariat ist verpflichtet, alles ihm angebotene Material über irgendwelche Umstürzbewegungen ohne Rücksicht auf die Kosten zu prüfen. Sollte es in diesem Falle das Angebot Leoprechtings abgelehnt, und hätte es tatsächlich der Wirklichkeit entsprochen, so wäre dem Staatskommissariat mit Recht der Vorwurf gemacht worden, daß es seine Pflichten nicht erfüllt habe.

## Austritt der Postbeamten aus dem Deutschen Beamtenbund.

Der Verbandsrat des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ meldet, am Freitag einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß

1. eine Zerreißung des Verbandes vermieden werden muß,
2. der Deutsche Beamtenbund nicht mehr als die geeignete gewerkschaftliche Epikureorganisation anerkannt werden kann,
3. deshalb der Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund und der Reichsgewerkschaft zu erfolgen hat, und
4. die Zusammenfassung der Beamenschaft auf horizontaler Grundlage anzustreben ist.

## Die erste kommunistische Reichskinderkonferenz.

München, 29. Juli.

Ein Ereignis ganz seltener Art, so berichten kommunistische Blätter, vollzieht sich in dem thüringischen Städtchen Suhl. Wohl zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung treten die im Charakter befindlichen Kinder des Proletariats zu einer Konferenz, zu erster Arbeit vor dem breiten Forum der Öffentlichkeit zusammen. Sowohl, es ist ein Ereignis seltener Art, wenn man bedenkt, daß die Schulkinder die Referate selbst halten.

Wie einst die Weibchen in Jericho die Mauern zum Sturz brachten, so sollen die Neben dieser Schulkinder bereits ähnliche Wunder bewirkt haben. Wenigstens kann man in der Moskauer „Wolfskammer“ lesen, daß durch diese Kinderbewegung die gewaltige Position des Kapitals erschüttert ist. — Es geschieht also auch heute noch Zeichen und Wunder. — Würde eine Konferenz kommunistischer Säuglinge nicht noch größere Wunder vollbringen?

SPD. Die in der Presse wiedergegebene Mitteilung daß der Überwachungsanspruch des Reichstages am Dienstag präsumiert, um die bayrische Frage zu behandeln, trifft nicht zu. Richtig ist, daß der Überwachungsanspruch am Dienstag über die Diskussion für die Lebensversicherung-Gesellschaft Beratungen pflegen wird.



# Die Pflichten der Beamten.

Von Willy Steinkopf.

Es mag bedauerlich scheinen, daß das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik überhaupt nötig wurde, aber seine Schaffung war eine absolute politische Notwendigkeit, und es ist gut, daß es da ist. Keinem Kenner der Verhältnisse konnte verborgen bleiben, was jeder fernstehende, der es mit der Republik ehrlich meinte, mit Sorgen empormachen sah. Nämlich die Gründe der monarchistischen Beamten in den leitenden Reichsstellen und ihres freiwilligen oder ungewollten Gefolges. So durfte es nicht weitergehen. Doch die Feinde und Saboteure der Republik saßen gleich grinsenden Nagoden da auf ihren „wohlerworbenen Rechten“, wie sie sie auffaßten, und pfliffen auf Minister, Volk und Republik. Daß sie das Recht, unter Mißbrauch ihrer amtlichen Stellung gegen die Republik zu wühlen und zu hegen und im Dienst jede monarchistische Propaganda zu treiben, auch als „wohlerworben“ betrachteten, versteht sich von selbst. Für sie gab es in dieser Hinsicht keine Schranke. Aber sie waren dafür loyal genug, daß der Republik ihnen gegenüber ein „Recht“ einzutreten, das natürlich auch „wohlerworben“ war; nämlich das Recht, sie trenn und brav zu füttern! Und so wollten sie unter dem Deckmantel der wohlerworbenen Rechte die Republik zwingen, an ihrem eigenen Busen das Dittengerüst zu prokubieren, das ihr einstmal den tödlichen Biß versetzen sollte.

Beschloß man das Reichsbeamtengesetz und den in jenen Kreisen so beliebten § 10, in dem von Sitte, Anstand und der Achtung, die der Beruf des Beamten erfordert, die Rede ist, nicht angewandt hat? — Du lieber Gott, die Bestimmung ist zwar da, aber doch nicht für jene Herren. Sind sie etwa republikanische Beamte oder streifende Eisenbahner? Hier ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr, ehe sich eine vorsetzte Behörde fände, die wegen derartiger nebensächlicher Verhältnisse ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht hätte. Und eher stürzte der Himmel ein, ehe sich eins der alten Disziplinargerichte fände, die einen solchen mit wohlerworbenen Rechten ausgestatteten Kollegen verurteilt hätte. Im Kabe hat dem anderen noch nie die Augen ausgeschaut.

Wollt man dem Uebel an die Wurzel, mußte das neue Gesetz in drei Punkten Durchgreifendes bringen. Einmal die Ergänzung jenes § 10 des Reichsbeamtengesetzes, der ein weiteres Ausweichen der Behörden und Disziplinargerichte gegenüber Delikten wider die Republik unmöglich macht oder doch sehr erschwert, zum zweiten einen grundsätzlich anderen Aufbau der Disziplinargerichte und schließlich eine Erweiterung des Kreises der politischen Beamten, die jederzeit auf Parteigeld gesetzt werden können. Es ist im großen Ganzen gelungen, dies zu erreichen.

Die ins Reichsbeamtengesetz neu eingefügten §§ 10 a und b ergänzen den § 10 und bringen klar und deutlich zum Ausdruck, daß der Reichsbeamte verpflichtet ist, in seiner amtlichen Tätigkeit für die republikanische Staatsgewalt einzutreten. Es ist ihm untersagt, seine amtliche Stellung zu Bestrebungen zur Verringerung der republikanischen Staatsform zu mißbrauchen, im Dienst Verhörungen zu tun, welche die Republik, ihre Flagge, ihre Einrichtungen oder die Regierungen herabsetzen, in diesem Sinne auf Unterbene oder Schüler einzuwirken (s. Kaisersgeburtstagsreden!) oder solche Handlungen von Untergebenen zu dulden. Auch dürfen sie außerhalb des Dienstes nicht gehässiger oder aufreizender Weise in der angebotenen Achtung gegen die Republik Stellung nehmen oder Bestrebungen zur Wiederaufrichtung der Monarchie unterstützen. Weitergehende Verpflichtungen bestehen noch für Beamte, die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind.

Es ist bedauerlich, daß der Reichstag die Anführung der Strafen, die auf die Delikte stehen, gestrichen hat. Ihre Aufhebung, so wie die Vorlage dies vorsah, hätte sicher abbremsend und auch abführend und beruhigend gewirkt. Einzig wurde lediglich die Bestimmung, daß im Rückfall auf Entlassung zu erkennen ist.

Daß die Disziplinargerichte grundlegend umgebaut wurden ist das Verdienst der sozialdemokratischen Parteien. Die Vorlage wollte außer einer Erweiterung der jetzigen Disziplinarkammern einen Reichsdisziplinarhof schaffen, von ihm sollten die Verstöße gegen dies Gesetz, so wie die Minister diese Sachen dem Disziplinarhof übergeben, abgeurteilt werden. Seine Mitglieder sollte der Reichspräsident ernennen. Aber sonst blieb alles beim alten. Mitglieder der Disziplinarkammern und des Disziplinarschieds, bei denen das Schwergewicht des ganzen Disziplinarverfahrens ruht, mochten nach wie vor vom Reichsrat gewählt werden, die Beamten der mittleren und unteren Besoldungsgruppen von Richteramt ausgeschaltet bleiben usw. Diesen Unfug auszumerzen und die bisher gewöhnlich Ständevertretung der höheren monarchistischen Beamten leitenden Disziplinargerichte nach Möglichkeit zu wirklichen, selbst urteilenden Gerichten umzugestalten, war das Ziel,

das von den sozialistischen Parteien bei dieser Gelegenheit erreicht werden mußte.

Es ist glücklich. Zwar ist der Disziplinarhof gefallen; er hätte auch wohl kaum viel zu tun bekommen! Dafür wird aber mit den bisherigen Mitgliedern der anderen Disziplinargerichte Tabula rasa gemacht: ihr Amt als Disziplinarrichter, das ihnen für die Dauer ihrer Stellung als Beamter — also auf unabsehbare Zeit — übertragen war, findet am 31. August ein rasches Ende. Die neuen Mitglieder der Disziplinargerichte werden vom Reichspräsidenten für drei Jahre ernannt. Nur hinsichtlich der richterlichen und der beiden vom Reichsrat für den Disziplinarhof zu stellenden Mitglieder ist der Reichsrat zu hören. Weiter ist erreicht worden, daß die Zahl der nicht richterlichen Beisitzer, die dem Beamtenbund zu entnehmen sind, die Zahl der Richter in jedem Fall überwiegt. Die Anträge der sozialdemokratischen Parteien, im Gesetz festzulegen, daß von den Beamtenbesitzern eine Mindestzahl den unteren und mittleren Besoldungsgruppen angehören müssen, wurden von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Auf Ersuchen von sozialdemokratischer Seite hat aber der Reichsminister des Innern im Reichstag erklärt, daß bei der Berufung der Disziplinarrichter auch auf die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen ihrer Stärke entsprechend zurückgegriffen werden wird.

Es wird also sehr bald der von der Deutschen Volkspartei als undenkbar bezeichnete Fall eintreten, daß auch Beamte der unteren und mittleren Besoldungsgruppen über höhere Beamte zu Gericht sitzen, was durchaus verständlich und wünschenswert ist. Nur kommt alles, aber auch alles, darauf an, daß die richtigen Männer und Frauen als Disziplinarrichter berufen werden. Stellt man sich z. B. vor, daß etwa das Reichspostministerium die Vorschläge der zu berufenden Postbeamten macht, dann — hätte man sich die ganze Mühe sparen können! Die Republik käme hierbei vom Regen in die Traufe. Unter keinen Umständen darf es dahin kommen, daß Ministerien, in denen die leitenden Stellen fast restlos in den Händen monarchistischer Beamten sind, Einfluß auf die Berufung der Disziplinarrichter gewinnen. Hierzu gibt es andere Wege, die einfach und praktisch sind und sicher zum Ziel führen. Hoffentlich gelingt es diesen neuen Disziplinargerichten, doch einen Teil der wegen des Streiks verfolgten Eisenbahnbeamten zu retten.

Der erweiterte Kreis der politischen Beamten, die im Interesse der Festigung der republikanischen Staatsform jederzeit auf Parteigeld gesetzt werden können, umfaßt nunmehr sämtliche Leiter von Reichsbehörden und ihre Stellvertreter, soweit sie der Gruppe XIII und darüber angehören, die Ministerialdirektoren, die ebenso wie die Ministerialdirektoren unmittelbar unter dem Minister arbeiten, und darüber hinaus einen bestimmten Kreis von Beamten beim Reichspräsidenten, in der Reichskanzlei, im Reichsministerium des Innern und Reichswehrministerium, die mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind. Es können also z. B. jederzeit aus dem Amt entfernt werden die Präsidenten der Reichsmittelbehörden, Oberpostdirektionen, Eisenbahndirektionen, Landesfinanzämter sowie der Abteilungsleiter bei diesen Behörden usw. usw. Wenn die Erweiterung des Kreises dieser Beamten vielleicht manchem auch dürrig erscheint, so mag er sich damit trösten, daß diese Liste mit Zustimmung eines Ausschusses des Reichstages jederzeit erweitert werden kann.

Die Handhaben, welche das neue Gesetz zur Säuberung der Verwaltung von reaktionären Elementen bietet, sind ganz annehmbar. Ihr Wert ist um so höher zu veranschlagen, als sie gegen den Widerstand der Deutschen Volkspartei — in Preußen stimmte sie dafür! — zustande gekommen sind, der naturgemäß auf die bürgerlichen Koalitionsparteien etwas abfärbte. Hauptsache ist aber, daß sie nun auch gebraucht werden! Die gesamte republikanische Beamtenenschaft, die für die getroffenen Maßnahmen volles Verständnis hat und sie mit einem Aufatmen der Erleichterung begrüßt, erwartet, daß die Reichsregierung nun endlich Ernst macht und mit dem großen Reinemachen je früher je besser beginnt. Für diese Beamten wird es eine Freude sein, sich auch innerhalb der Diensträume in der Republik zu wissen und von den Qualereien monarchistischer Vorgesetzter befreit zu sehen. Eine Enttäuschung würde bittere Folgen nach sich ziehen.

Den anderen aber, denen nun das Handwerk gelegt wird, und die aus Schmerz darüber flagen, daß dem Denunziantentum Tor und Tür geöffnet werde, sei gesagt, daß loyale und gewissenhafte Nüchternheit im Dienst und ein Betragen, wie es für einen Beamten der Republik geziemt und der einfachste Zustand erfordert, der beste Schutz gegen Denunziationen ist. Diese Argumente werden jeden Denunzianten entwaffnen und auf Vorgesetzte und Richter überzeugend wirken. Im übrigen aber: wem es nicht paßt, der mag ruhig gehen.

## Märchen aus dem großen Kriege.

Seitdem Herr Ludendorff in seiner Verteidigungsschrift dem „jüdischen Weltbund“ gesprochen hat, der uns den Krieg verlieren ließ, und seitdem er im Verein mit Herrn Hindenburg, der bis dahin noch so etwas wie Sympathie im deutschen Volke genoss, vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages von der Schuld der Heimat am Zusammenbruch der Front gesprochen hatte, weiß jedermann, daß diejenigen Personen und Organisationen, die ein schlechtes Gewissen hinsichtlich ihrer Kriegspolitik haben, mit jedem nur irgend merklichen Märchen im Kopf haustieren gehen, um die wirklichen Tatbestände zu verwischen. Besonders gern wurden werden diese Märchen von der Presse dann aufgetischt, um damit gleichzeitig irgend ein mißliebiger Politiker als Sündenbock getroffen werden kann. Könnte diese Taktik ermordeter Rathenau gegenüber deswegen nicht angewendet werden, weil seine Wirksamkeit über jeden Angriff erhaben war, so scheint man jetzt den Reichskanzler Dr. Wirth als den bestgeeigneten Vertreter der Verständigungspolitik auf dem Reichstag nehmen zu wollen.

Vielleicht, daß sich durch einen solchen Pressefeldzug die Verbrecherseelen finden, die ihn aus dem Wege räumen.

Der „Hamburgische Correspondent“ gibt im Zeitdruck eine Meldung wieder, die er „Herr Wirth während des Krieges“ überschreibt. Darin wird von einer Anfrage im badischen Landtag berichtet und ihrer Beantwortung. Es sei dabei mitgeteilt worden, daß Wirth 1917 erklärt habe, „Hunderttausende würden im nächsten Winter Hungers sterben, von amtlichen Stellen seien Schriften an das Heer geschickt worden, in denen gelogen werde, die Mitteilungen über die Ergebnisse des Unterseeboottreffes seien unwahr. Als Haupttrumpf habe er stets geschlossen: Wenn wir reden dürften!“ Solange uns kein zuverlässiger Bericht aus der betreffenden Sitzung des badischen Parlaments vorliegt, wollen wir einmal als wahr unterstellen, was hier behauptet wird. Dann kann man bestenfalls, wenn man durchaus einen Vorwurf daraus konstruieren will, kritisieren, daß Dr. Wirth, wenn ihn wirklich Ende 1917 derartige Tatsachen bekannt waren, nicht so laut geredet hat, daß der von seinem Parteifreund Erzberger betriebene Resolution der „Schiedemann-Friede“ der Verständigung

wirklich folgte. Heute sind die Herren Ludendorff und Erzberger für einen solchen Frieden, damals haben sie ihn hintertrieben, und ihre Presse bemüht sich nun, diejenigen Personen beim Volke anzuschwärzen, die das letzte, schreckliche Unheil von ihm abwenden wollten.

Auf derselben Stufe stehen „Enthüllungen“, die ein Herr Wolfgang Breithaupt in der „Täglichen Rundschau“ von sich gibt und die auch von den „Hamburgischen Nachrichten“ in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben werden. „Der Dolchstoß — keine Legende“ wird da in großen Lettern verkündet, worauf dann der gewisse Breithaupt, der selbst im Kriege „Revolutionär“ und Deserteur gewesen sein will, ein Lauges und Breites aus der Organisation der „Fronterdolchschuß“ erzählt. Daß er mit Feindes Hilfe die Sozialdemokratie belastet oder auch nur erwähnt, ist ein Beweis dafür, daß es sich auch hier nur um agitatorische Märchen handelt, die von einem konfusem Kopf neu erzählt werden. Kein Mensch in der deutschen Sozialdemokratie hat planmäßig auf die Niederlage unseres Heeres hingearbeitet. Und wenn Leute wie Herr Breithaupt damals desertierten und heute „Enthüllungen“ an die Reaktion verkaufen, so spricht das nur gegen sie und diejenigen, die sich solche Aussagen nutzbar machen. Gewiß gab es Menschen, die aus Gewissenszwang ihre Kriegsgenossenschaft betätigten oder aus querköpfigem Fanatismus auch andere dazu verleiteten. Jeder aber, der wirklich an der Front stand, weiß, daß diese Bestrebungen so völlig bedeutungslos, so völlig vereinzelt waren, daß Millionen überhaupt nichts davon wußten, und daß es eine freche Lüge ist, von einer Erdolchschuß der Front auf diesem Wege zu reden.

Die Märchen aus dem großen Kriege, die die Reaktion heute kolportiert, gehören zu der Tintenschmelzmethode, mit der sich die Verderber Deutschlands verteidigen. Sie werden damit keinen Erfolg haben.

## Die Flaggen der Republik!

SPD. Der preussische Minister des Innern hat zur Frage der Beflaggung der preussischen Dienstgebäude folgende Verfügung erlassen:

„Das Staatsministerium hat neuerdings beschlossen, daß für jedes Dienstgebäude sowohl eine preussische als auch eine Reichsflagge zu beschaffen ist und daß beide Flaggen stets gemeinsam gehißt werden sollen. Soweit ein zweiter feststehender Flaggenmast nicht vorhanden und seine Anbringung nicht oder nur mit erheblichen Kosten möglich ist, ist auf andere Weise (z. B. durch Anhängen der zweiten Flagge aus einem Dachfenster und dergl.) für die doppelte Beflaggung zu sorgen. Das Gleiche gilt für angemietete Gebäude, wenn solche ganz für Staatszwecke gemietet sind. Dementsprechend sind nunmehr die erforderlichen Flaggen mit Rücksicht auf die Feier des 11. August mit größter Beschleunigung, und zwar, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich ist, zu beschaffen. Bis spätestens 5. August 1922 ist den zuständigen Ober- bzw. Regierungspräsidenten, bis spätestens 10. August 1922 von den Ober- bzw. Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten mit anzugeben, daß die erforderlichen Reichsflaggen vorhanden sind.“

## Ehrliche Mordbeher.

In dem berühmten „Miesbacher Anzeiger“ vom 19. Juli lesen wir:

Uns will die allzu stark betonte Verabsicherung des politischen Mordes auf Seiten der Blätter der Rechten nicht so ganz ehrlich erscheinen. In Rathenau haben alle, die in Opposition vor der heutigen Regierung und vor der derzeitigen Regierungsform stehen, den ausgesprochensten und gefährlichsten Gegner, weil er intellektuell der bedeutendste Kopf der Regierung war, außerdem als Lebertapitalist und Jude über die gewaltigen Machtmittel der Großfinanz verfügen konnte.

Der Fall dieses Gegners ist in dem harten Kampfe um die politische Macht ein schwerer Verlust für die Regierung und die sie stützenden Parteien — also ein Vorteil für die gesamte Opposition.

Die Tatsache des Abtretens Rathenaus von der Bildfläche der politischen Arena muß also von allen seinen Gegnern begrüßt werden.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 29. Juli.

Amüliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	27. Juli.	26. Juli.	
Amsterdam	160 fl.	20049.90	19950.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	4089.85	4044.90
Kristiania	100 Kr.	8739.05	8679.10
Kopenhagen	100 Kr.	11151.—	11076.10
Stockholm	100 Kr.	13458.15	13383.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	1080.70	1065.65
Rom	100 Lire	2382.—	2352.05
London	1 £	2307.20	2292.10
New York	1 Doll.	519.84	513.35
Paris	100 Frs.	4514.60	4269.65
Zürich	100 Frs.	9887.60	9742.80
Madrid	100 Pesetas	8094.85	7950.05
Wien	100 K.	1.48	1.48 1/2
Prag	100 K.	1170.50	1198.50
Budapest	100 K.	94.55	88.70

## Diehmarkt.

Hamburg, 28. Juli.

### Schweinemarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 250 Pfd. 6700—6800 Mt., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 6500—6600 Mt., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 6100—6400 Mt., geringere Ware 5400—5800 Mt., beste Sauen 6400—6500 Mt., geringere Sauen 5800—6200 Mt. Marktzufuhr: 2471 Schweine. Das Geschäft verlief reg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inland Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. in Hamburg.



## Brotartenausgabe.

Die Ausgabe der Brotarten für die Zeit vom 19. August 1922 bis 29. Februar 1923 erfolgt an den unten aufgeführten Ausgabeterminen im **katholischen Gefellenhaus, Parade 8** von 8 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Dienstag, den 1. August 1922	Brot 1-9
Mittwoch, " 2. "	" 10-18
Donnerstag, " 3. "	" 19-27
Freitag, " 4. "	" 28-34
Sonnabend, " 5. "	" 35-42
Montag, " 6. "	" 43-50
Dienstag, " 7. "	" 51-58
Mittwoch, " 8. "	" 59-65
Donnerstag, " 9. "	" 66-74
Freitag, " 10. "	" 75-87

und die eingemeindeten Ortschaften Schönvöden und Westoc.

Die Bezirksnummer ist auf dem gelben Ausweis zum Bezüge von Lebensmitteln (rechts oben) angegeben. Dieser Ausweis ist bei der Abholung vorzulegen. Kindern unter 12 Jahren werden die Karten nicht ausgehändigt.

Bei verspäteter Abholung der Karten wird eine Gebühr von 3.- Mk. für die Person erhoben.

### Zur Beachtung:

- Die Brotarten sind sorgfältig aufzunehmen. Für abhandlungsbefreite Brotarten wird Erlaß nicht geleistet.
- Für Kinder unter einem Jahre werden bei der Ausgabe die entsprechenden Kinderbrotarten ausgegeben.
- Es wird ersucht, für die Abholung der Karten möglichst die frühen Vormittagstunden zu benutzen, da erfahrungsgemäß in der Zeit von 10 1/2 bis 12 1/2 der stärkste Andrang herrscht.

Lübeck, den 28. Juli 1922. (5705)

Das Landesverwaltungsamt.

## Bekanntmachung.

### Vorauszahlung und Voranmeldung der Umsatzsteuer für 1922.

Steuerpflichtige, die eine Aufforderung zur Abgabe der Voranmeldung zum Zwecke der Entziehung von Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922 nicht erhalten haben, werden aufgefordert, sich unverzüglich im Finanzamt, Fleischhauerstraße Nr. 20 (Zimmer 35) zu melden.

Lübeck, den 29. Juli 1922. (5021)

Das Finanzamt (Umsatzsteueramt).

## Lübecker Brandkasse.

Denjenigen Mitgliedern, die nicht schon eine erhebliche Erhöhung ihrer Versicherungssumme - bisher zumeist auf das 30-50fache der Tariffumme - bei uns beantragt haben, empfehlen wir nachdrücklich, eine angemessene Mehrwertversicherung in unserem Bureau, Fleischhauerstraße 18, Zimmer 10, zu beantragen, um im Schadensfalle genügend gedeckt zu sein. Eine Nachversicherung ist nicht erforderlich.

Lübeck, den 29. Juli 1922. (5094)

Lübecker Brandkasse.

Johannes Benthien

Guschi Benthien

geb. Bollmann

vermählte. (5010)

Lübeck, d. 29. Juli 1922.

Für erwiesene Auf-

merksamkeit und Ge-

schänke zur Hochzeit dan-

ken herzlich (5017)

Paul Peters u. Frau Emma

geb. Westphal.

Die glückliche Geburt

eines kräftigen (5039)

Jungen

zeigen höchst erfreut an

Heinrich Melcher

und Frau Anny,

geb. Rahn.

Nach langem Lei-

den erkrankte heute

nachmittags wieder lie-

bend, Schwieger-

und Großmutter

Maria Bründel

geb. Decker

im 83. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

im Namen der Him-

terbliebenen

Johann Bründel.

Lübeck, 28. Juli 1922

Heinrich 46.

Bestattung am

Montag 9 1/2 Uhr v.

der Kapelle des Vor-

meister Friedhofes

anz. (5122)

Kleinraffige 1g. Sunde  
billig zu verk. (5029)  
Kaiserstraße 40 a.

Schlosser-  
Werkzeug,  
Bohrmaschine,  
fl. Amboss,  
Feldschmiede

zu kaufen gesucht. Sunde  
mit Preis unt. A 2000  
an die Exp. d. Bl. (499)

Verst. Sonntagsdienst. (5000)  
Dr. J. Meyer, Götzenbergstr. 17  
St. Ant. Kähler, Sophienstr. 17  
Frl. Dr. Haas, Meißelstr. 2a.

Kaufe ausgefallenes Gaa-  
schle höchste. Rechte.  
Schrift F. Lichtenstels  
5004) Gr. Burgstr. 11

Gimerbier  
Montag von 4-6 Uhr  
(5023) Brauerei Stamer

Silber! Silber!  
Uhrung Radfahrer!  
Mantel Dauerware 220 Mk.  
Freilaufuhrung  
noch für 500 Mk.  
A. Meyer.  
Gr. Bogelhang 13a.  
Händler. (5037)

Aus der  
Betriebsräte-  
Praxis  
1. Teil.  
Von Clemens Nörpel.  
Mk. 15.-.  
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Sozialdemokratie  
und  
die Not der Sozial-  
rentner.  
Von Richard Meier.  
Mk. 4.-.  
Buchhandlung  
Fried. Meyer & Co.

Café Astoria  
Holstenstraße 26 4936

Täglich Künstler-Konzerte  
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Gewerkschaftshaus  
Restaurant Johannisstr. 50

Mittagstisch. Abendtisch  
Großer schattiger Garten

Gummiabfälle

Gummisohlen

aller Fabriken  
in verschiedenen Preislagen  
Robert Jenzen  
Schuhwarenpapier und Stepperei,  
Häufigstraße 50.

## Leser des Lübecker Volksboten!

### Beruft Euch

bei Euren Einkäufen auf die Inserate  
des Volksboten!

### Berücksichtigt

bei allen Geldausgaben die Inserenten  
Eures Blattes

## in erster Linie!

### Werbt

ununterbrochen neue Abonnenten!

### Unterstützt

Euer Blatt bei allen Gelegenheiten!

## Schweinefutter

(Mehlreste) hat abgegeben  
Paul Lohrmann  
Waffenstraße 172.  
(5042)

Spezial-Panama  
Hut  
Hut-Liebe  
Hut-Verkauf  
Hut-Wäsche  
(4979)

Wir empfehlen unseren Hausfrauen und Töch-  
tern ganz besonders die neuerschienene illustrierte  
Schrift:

## Praktische Ratschläge

für häusliches  
Waschen, Plätten, Glanzplätten,  
Färben, Bleichen, Reinigen.  
Preis 24.- Mark.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## Zahnbürsten

größte Auswahl  
Bein, Celluloid, Holz (5014)  
pro Stück von Mk. 3.- an.

Ferd. Kayser, Breite Straße 81

### Neu erschienen!

Der 2. Teil

## Aus der Betriebsrätepraxis

von Clemens Nörpel.  
Preis 70 Mk.

Für alle Gewerkschaften, Betriebsräte, Be-  
triebsräte, industrielle Betriebe, Handwerker un-  
entbehrlich!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Herausgegeben vom Unwärtigen Amt

3 Bände in Halbleder gebunden

Mk. 500.-

Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46

## Künstl. Zähne

Zahnzahnen mit  
50rl. Betäubung  
bei größter Scho-  
nung für nervöse  
Patienten zu empfehlen. Plombierungen,  
Goldkronen, Stützähne, Brückenarbeiten in  
korrekter, sachgemäßer Ausführung u. billigst.  
Preisberechnung. Umarbeiten schlecht sitzen-  
der Gebisse. Reparaturen in kürzester Frist.

Zahn-Praxis (4212)  
E. Haus, Hübenerstraße 1/3, I.  
am Klingenberg.  
Telephon 1703.

## Törpers Produkten-Zentrale

Schwarthauer Allee 26.

Beste Absatzquelle (498)

in Eisen, Metallen, Papier, Lumpen, Flaschen usw.

Größere Posten werden abgeholt.

Telephon 1575. Telephon 1575

Das bekannt reelle Einkaufshaus  
für Arbeiter und jeden Beruf.

## Preiswerte reelle Schuhwaren

- 1 Posten starke Arbeitsstiefel 610.-
- 1 Posten eleg. Herrenstiefel, schwarz, 685.-, 775.-
- 1 Posten eleg. Herrenzugstiefel 795.-
- 1 Posten eleg. Damenst. 445, 525, 750
- 1 Post. eleg. Damenhalbsch. 475, 595
- 1 Post. eleg. Damenhalbsch. braun 595
- Kindert. starke, Gr. 18-24, 25-30, 36-39
- Sandalen, Gamaschen, Pantoffel usw.
- 1 Post. Schaffstiefel, eleg. Herrenan-  
züge, Gummimäntel, Hosen, Paletots,  
Berufskleidung
- Damenkostüme - Mäntel -  
Blusen - Strickjacken usw.

Beachten Sie unsere 5 Schaufenster

## Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1 (4970) St. Petri 2 u. 4.  
Konfektion, Aussteuer, Kleiderst. usw.

Die höchsten Tagespreise für  
Lumpen, Eisen, Metalle,  
Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei (4988)

## Selig L. Cohn,

Wahmstraße 62. Telephon 2158.

## Brillanten, Perlen

ganze Lager sowie  
auch lose Ware

kauft zum Niesen-Auslandskurs (5002)

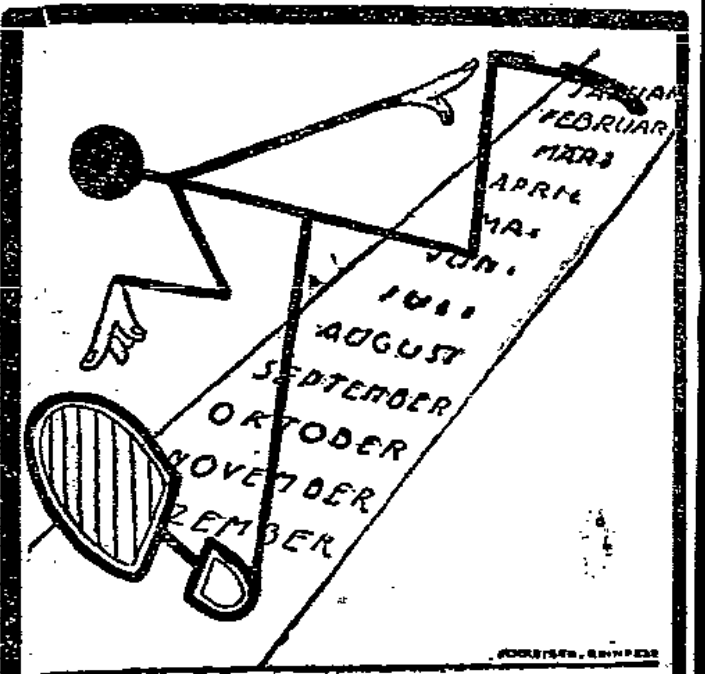
Frick, Plattenstr. 2, 1. Etage

## Achtung! Den höchsten Tagespreis

erhält jeder, der seine Lumpen, Metalle, Papier,  
Flaschen sowie Geschäftsbücher (zum Einstampfen)  
gut und reell verkaufen will bei (4989)

H. Zölck, Eg. Lohberg 34. Tel. 8758.

Bei Metallen ist Ausweis mitzubringen. Von Per-  
sonen unter 21 Jahr. werd. keine Metalle angen.



## Monatelang

laufen Sie auf  
Leder- und Gummisohlen  
und Absätzen

der (14172a)

Reform-Schuhwaren-  
Reparatur und Stepperei

50 Huxstraße 50

Robert Jentzen,  
Leder- und Schuhmacher-Bedarfs-  
artikel.

Fernsprecher 2878.

## Herren- u. Damenstoffe

tabellose Qualitäten  
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

J. Issler, Sandstr. 24 (4982)

Spezial-Geschäft.

Erhalt' Dir Deine teuren Schuh,  
Verwende nur Urbin dazu

Leopoldinoware in Dosen mit Bonterose



## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 29. Juli.

### Aus der Bürgerschaft.

Mit außerordentlicher Ruhe und Sachlichkeit verhandelte am Freitag unsere Volksvertretung den Haushaltsplan für das laufende Staatsjahr. Neben von einschmeichler Länge sprudelten von den Lippen fast aller Fraktionsredner. Aus allen Erörterungen erklang eine leise Entsagung, und selbst der kommunistische Sprecher, Heilborn, mußte mit der Wirklichkeit einen Freundschaftspakt eingehen. Für Politiker, die sonst im siebenten Himmel thronen, ist ein solches Unternehmen immerhin etwas Besonderes; daher resultierte auch die Unsicherheit des radikalen Redners. Ein erfreuliches Zeichen beginnender Erkenntnis bleibt aber doch, daß er produktive und rastlose Arbeit als wirksamstes Mittel gegen unsere völlige Verelendung anerkannte. Mit den durch das kommunistische Programm bedingten Parenthesen natürlich.

Die notwendigen Erläuterungen über den Stand der Staatsfinanzen und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen wurden von Senator Dr. Ralkbrenner überzeugend klargestellt. Die sprachliche Form seiner Darlegungen ist nicht zu bezweifeln. Der Sprecher, der dem Spezialkommissar des Senats mit der Behauptung unterließ, daß die Reparationsforderungen der Entente sozusagen die Allensschuld an unserer Misere tragen, wurde vom Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Haut, gleich zu Beginn seiner großangelegten Ausführungen taktvoll aber scharf zurückgewiesen. Unser Sprecher zog mit Geduld das große Gebot der allgemeinen Politik in den Kreis seiner Betrachtungen, ging mit Schärfe gegen die Reichsfeinde aller Schattierungen vor und kennzeichnete insbesondere das schmachvolle Treiben der bayrischen Reaktionshorte. Genosse Haut faßte im Namen unserer Fraktion den Kern seiner Ausführungen in einer Entschliegung zusammen, die den Lübeckischen Gemeinderat beauftragt, bei der Reichsregierung das Nötige zu veranlassen. Als Kenner unserer Finanzen ging Genosse Haut des ferneren auf alle durch die Zeit bedingten staatlichen Notwendigkeiten ein. Wir bringen keine Ausführungen im Verhandlungsbericht ausführlich wieder, so daß sich ein näheres Eingehen darauf an dieser Stelle erübrigt. Bedauerlich ist es, daß zwei für Lübeck beachtliche fachliche Schulen aufgehoben werden müssen. Aber es ist heute einfach nicht mehr angängig, daß der geldkrante Staat Hunderttausende für einen einzigen Schüler opfert. Es ist sonderbar, daß die sonst über Sparfamkeit so heulmeiernde Rechte hier glauben nicht mitmachen zu können. Wo ein ernsthafter Schnitt gemacht werden soll, da vertragen ihre guten Ratsschläge. Mit Ausnahme von einigen Demokraten stimmten nur die beiden Linksparteien für den Antrag, der einer zweiten Lesung bedarf. Dagegen erzielte ein weiterer Antrag Bed und Genossen über Prüfung der Zusammenlegung höherer Schulen eine Zweidrittelmajorität. Daß die sozialdemokratische Fraktion in Zukunft nicht mehr gewillt ist, der öffentlichen Bücher- und Lesehalle und der Reimannschen Privatschule Staatsmittel zu gewähren, ist nach dem Gang der Tatsachen selbstverständlich. Gerade die Reimannsche Schule, als Schulpflicht für Bürgerkinder, die sich von der Grundschule drücken wollen und deren Intelligenz mehr auf dem Geldbeutel der Eltern als im Kopfe der Jungen steht, hat sich die Kühnheit herausgenommen, dem Grundschulgesetz durch einfältige Rechtsverwendungen ein Schnippen zu schlagen. Die gesetzgebenden Körperschaften haben sich derartige Quereibereien nicht gefallen lassen.

Für die demokratische Fraktion sprach Herr Ambrosius von seinem Standpunkt aus recht geschickt und er betonte wiederholt, wie schon früher, daß es sich bei unserer Lage um die Folgen eines ungelungen Krieges und nicht um die der Revolution handelt, die die Rechtsparteien so gerne glauben machen möchten. Aber sonderbar berührte seine ablehnende Haltung gegenüber dem sozialdemokratischen Einspruch gegen die bayrische Reaktion. Seine parteigenossen in Bayern selbst haben sich mannhafter gestellt.

Außer dem Heros der Hausbesitzer, Herrn Hessi, der sich weitläufig über den Etat ausließ, und dessen Schreien in der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft den Ausgangspunkt suchten, faßten sich die Volksparteiler und Deutschnationalen recht kurz. Herr Dr. Gehardt fand zudem kräftige Worte gegen Bucherer und Schieber. Vielleicht finden sie im Roten Haus in der Burgstraße auch gelegentlich Anhang. Im allgemeinen vermißt man bei seinen Berufskollegen im Reich die Anwendung der Tat. Bezeichnend ist weiter, daß sowohl Herr Dr. Gehardt wie Herr Reimpell von den Deutschnationalen das erfolgreiche Wirken des Reichspräsidenten anerkannten. Es hat lange gedauert, bis sich die Befürworter der „Nachminister“ zu dieser selbstverständlichen Erkenntnis durchgerungen haben.

Im großen und ganzen wurde der Etat und die dazu gehörigen Anträge, wie gelagt glatt und sachlich erledigt. Der Haushaltsausschuß hatte eifrige Vorarbeit geleistet. Das Bestreben, unseren kleinen Gliedstaat des Reiches am frischen Leben zu erhalten und wieder einer besseren Zukunft zuzuführen, bildete die Triebfeder aller Volksvertreter. Es kann ja für jeden einsichtigen Menschen auch gar nichts anderes geben.

**Erweiterung des Streiks in der Schifffahrt.** Wie aus dem Streikleitung des Verbandes deutscher Schiffingenieur- und Seemaschinisten und des Maschinen- und Heizervereins mitgeteilt wird, sind auch die Mitglieder des Schiffahrtsbundes heute morgen 11 Uhr mit in den Streik getreten. Die von der Reederei verbreiteten Nachrichten betreffs Beendigung des Streiks sind als unrichtig zu bezeichnen. Der Streik dauert fort. Verband Deutscher Schiffingenieure und Seemaschinisten, Ortsgruppe Lübeck. Die Streikleitung Lübeck.

**Ein Diktat an die Justiz.** Nach bürgerlichen Pressemeldungen beschloß der Neue Grundeigentümerversammlung, über die Mietzinsfrage das Gericht entscheiden zu lassen. Der Verein beruft sich auf den Beschluß des Mietzinsamtes vom 29. Dez. 1921, wonach vom 1. April ab die neue reichsgesetzliche Miete zu zahlen sei. Derartige Vereinbarungen seien vielerorts zwischen Vermieter und Mieter getroffen worden. Jetzt weigerte sich ein Teil der Mieter, die reichsgesetzliche Miete schon für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu entrichten, weil dem Mieter nicht das Recht der Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben des Grundstücks eingeräumt worden ist. Die Verammlung beschloß, auf Vereinbarungen verschiedene Fälle sofort beim Gericht anhängig zu machen, um weitere Prozesse zu vermeiden. Als das Einigungsamt, wozu auch das Gericht nicht anders entscheiden können, daß die damals schriftlich oder mündlich getroffenen Vereinbarungen zu Recht bestehen und die reichsgesetzliche Miete schon vom 1. April resp. 1. Juli ab zu zahlen ist. Die Verammlung beschloß, von jedem Mitglied einen Ertragsbeitrag von 5 Mark zu erheben, um diese Prozesse durchführen zu können. — Man läßt sich die Sache also schon etwas lohnen, und zwar deshalb, weil man glaubt, daß der Ertragsbeitrag sich bezahlt machen wird. An und für sich ist eine gerichtliche Entscheidung nur zu begrüßen, um endlich dem Streit ein Ende zu machen. Wenn sich aber der Neue Grundeigentümerversammlung so sehr auf den Beschluß des hiesigen Einigungsamtes verweist, so mag er auch daran erinnert werden, daß eine Konferenz der Vorsitzenden der Mietzinsämter in Lübeck einstimmig ihrer Auffassung dahin Ausdruck gab, daß eine frühere Inkraftsetzung des Reichsmietengesetzes nicht möglich sei. Das ist auch unsere Meinung.

**Selbstschutz gegen Gartendiebstähle.** Man schreibt uns: Nachdem in letzter Zeit Feld- und Gärten diebstahl und Einbrüche in Gartenbüden mehrfach festgestellt worden sind, haben die Gartenbesitzer vor dem Wühlentate zum Schutze ihres Eigentums einen regelrechten Ueberwachungsdienst eingerichtet. Diejenigen Leute, die auf fremden Ländereien nichts verloren und nichts zu haben haben, mögen sich merken, daß die freiwilligen Wächter bewaffnet sind und im Einvernehmen mit der Polizei rücksichtslos vorgehen werden. — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß auch auf den Ländereien am Treidelstieg bereits Kartoffeldiebstähle vorgekommen sind. Die Diebe sollten doch bedenken, daß sie sich an einem Gut vergreifen, das Leuten gehört, die wirklich nichts zu verpfänden haben. Wer erwischt wird, hat schonungslos Anzeige zu genärtigen.

**Die Abstimmung über den Schiedsspruch für die Werften.** In Lübeck wurden insgesamt 1928 Stimmen abgegeben. Für Annahme waren 721 und dagegen 1185 Stimmen. 20 Stimmen sind ungültig. — In Hamburg haben die Werftarbeiter in vier Vollversammlungen den Schiedsspruch angenommen. Das Gesamtresultat der Abstimmung in allen Werftorten steht noch aus.

**Die Lübecker Brandkasse** erläßt im Inzeratenteil eine Bekanntmachung, worin ihren Mitgliedern empfohlen wird, die Versicherungssumme ihrer Häuser über den 15fachen Betrag der Tagelöhne zu erhöhen.

**Neue Einigungsverhandlungen im Schiffahrtsstreik** fanden am Freitag in Hamburg statt. Der Vertreter des Reichsarbeitsamtes hat die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses bestimmt, der aus drei Reedern und drei Arbeitnehmern besteht und dessen Vorsitz Regierungsrat Hausmann als Unparteiischer führt. Diesem Ausschuss haben — da die Reederei bisher keine neuen Zugeständnisse gemacht haben — die Arbeitnehmer die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen sie die Arbeit wieder aufnehmen würden. — Die Sitzung dauerte bis in die Morgenstunden. Das Resultat ist daher noch nicht bekannt.

**Strenges Rauchverbot bei der Eisenbahn.** Das Rauchverbot bei der Eisenbahn soll streng durchgeführt werden. Trotz Beschwerden schreiten die Bediensteten oftmals selbst dann nicht ein, wenn sie auf solche Uebertretungen aufmerksam gemacht werden. Die Bestimmungen sind jetzt dahin abgeändert worden, daß in Fällen, wo die sofortige Bezahlung der Buße von 20 Mark abgelehnt wird, wieder wie früher Anzeige wegen Bahnpolizeiübertretung zu erstatten und dem Betriebsamt vorzulegen ist.

**Ueber die Vorauszahlung und Voranmeldung der Umsatzsteuer für 1922** erläßt das Finanzamt im Inzeratenteil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders verweisen.

**Die Treze.** Das neueste Heft der Lübeckischen Monatschrift für Kunst und Geist „Die Treze“ enthält folgende Kapitel: Die Lübecker Bucht; Pferdeputz und Pferdeport im Lübeckischen Staatsgebiet; Ordnungsgaube und Lebensweise; Sommertag; Dreihundertjahrfeier der Bibliothek der Freien und Hansestadt Lübeck; Die Ausstellung der Buchbinderkunst im St.-Annen-Museum und „Segelfahrt“.

**Deutscher Schäferhund-Verband (D. S. V.) Sitz Berlin.** In Lübeck ist die Gründung einer Ortsgruppe des Deutschen Schäferhund-Verbandes vorgenommen worden. Der Kriminal-Oberwachmeister Buchin, Zietenstr. 15, wurde zum Vorsitzenden gewählt.

**pb. Ermittelt und festgenommen** wurden drei fremde Arbeiter die sich in der Nacht zum 28. d. Mts. in ein Haus in der Lindenstraße eingeschlichen hatten, um dort zu übernachten. — Festgenommen wurde ferner ein Seemann aus Utecht, der einer in Mölsing wohnhaften Ehefrau eine goldene Armbanduhr gestohlen hatte.

**pb. Diebstähle.** Ein Dienstmädchen aus Sareiten stahl seinem in Utecht wohnhaften Dienstherrn 5000 Mk. — Mittels Einbruchs wurde in letzter Nacht ein Motorrad gestohlen. Die geschädigte Firma sichert für die Wiederherbeschaffung des Rades eine Belohnung von 150 000 Mk. zu. — Ferner wurden mittels Einbruchs aus einem Hause in der Rochstraße 50 silberne Teelöffel, 1 Teelöffel aus Nickel, 12 silberne Eßlöffel, 11 silberne Forken, 1 silbernes Teeerpic, bestehend aus Tablett, Zuckerdose und Sahnenlauge und 2 silbernen Suppenlöffel gestohlen. — Aus dem Ladengeschäft eines in der Königstraße wohnhaften Schneidemeisters wurden in letzter Nacht verschiedene Stoffe gestohlen. — Am Dienstag, sind von der Wälscheleine eines Hofes in der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Dammaschischluch, 1 weißer Biquetrock, 2 Blusen und 2 Untertailen gestohlen. — Gestern wurden von dem Hausflur eines Hauses in der Mölsinger Allee ein Fahrrad, und aus dem Geschäft eines Geschäftes in der Holstenstraße 4 Handtaschen gestohlen.

## Das Geld behält seinen

Wert. Man muß es nur richtig anwenden. Das erkennt man am besten, wenn man seine Kleider, Hülsen, Gardinen, Strümpfe usw. mit den weltberühmten „Seitmann's Farben“, Marie Fuchs' Stoff im Stern selbst färbt und dann sieht, welcher prächtvollen Erfolg man durch die kleine Ausgabe erzielt hat.

## Antje Möller.

im Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ob es hier nicht Fische gibt? Ich möchte wohl mal Fisch en.“ fußte Wiebke.

„Ich werde mal unter gehen an die Treene zu angeln.“ sagte Antje. Einige Tage darauf ging er gleich nach Tisch mit dem Angelhaken fort. Es war eine Stunde des Weges zu gehen. Am Abend kam er mit einem Korb Karascheln zurück. Er schien die zu sein; das Essen ließ er fast unberührt.

Wiebke machte sich im stillen Vorwürfe, daß sie ihm nicht was zum Trinken mitgegeben hatte. In der Nacht konnte sie ihn einschlafen; sie stand mehrmals auf und horchte hinaus. Ein Andres war krank müde! Am anderen Morgen war sie endlich froh, als sie ihn sah; sie forschte heimlich in seinem Antlitz, ob er wohl krank oder unglücklich war. Sie konnte sich einer Sorgen nicht erwehren.

Einmal war sie mit Andres nach Kreslau gefahren, um Vorkauf einzukaufen. Sie wurden bei den Kaufleuten sowohl wie in der Wirtschaft für Mann und Frau gehalten.

„Ihr Mann kommt gleich.“ sagte die Wirtin, als Wiebke den Augenblick früher ankam als Andres, und als dieser dann die Wirtstube trat, rief sie: „Ihre Frau hat schon auf Sie wartet.“

Weder Wiebke noch Andres sagten etwas dazu, aber geärgert ließ sie das junge Mädchen doch.

Als Andres das nächste Mal ins Dorf fuhr, fragte er an, Wiebke mitzuführen.

„Rein, ich fahre nicht wieder mit.“ entgegnete sie. Ihr machte kein Vergnügen, zwei Stunden weit zu fahren, um nur ein fremde neugierige Gesichter zu sehen und für die Frau des Nachbarn angesehen zu werden.

Wieder mußte Andres ins Dorf. Diesmal fragte er nicht ob sie mitfahren wollte. Es ging ja nicht an, daß die alte Antje den ganzen Tag über allein bliebe. Gerade diesmal wäre es gern mitgefahren. Ihre Sehnsucht nach Menschen war krankhaft geworden. Sie stand in der Tür und sah Andres an, als er fortfuhr. Sie horchte, bis das letzte Rollen des Wagens verklang.

Jetzt war sie allein, ganz allein mit dem lebendigen Toten. Heute war ein langer Tag. Sie lief im Garten auf und nieder:

Sie setzte sich in die kleine Laube, die Andres gezimmert hatte, und nahm ein Buch in die Hand, um zu lesen. Aber bald ließ sie es in den Schoß gleiten; kein Wort von dem, was sie gelesen hatte, war in ihrem Gedächtnis haften geblieben. Sie ging in die Stube, nahm eine Näharbeit und setzte sich in Gitta's Nähe. So war sie doch wenigstens einem Menschen nahe.

Die alte sah in ihrem Stuhl und strickte mechanisch. Wiebke strich ihr über die Wangen, damit sie merkte, wer bei ihr sei, und die alte Gitta ergriff die Hand des Mädchens und hielt sie in ihren alten, runzeligen Händen mit zitterndem Druck fest.

Wiebke wollten die Tränen über die Wangen. Jetzt konnte sie ja weinen, da niemand es sah. „Ich bin ja nicht stolz.“ flüsterte sie, „ich bin nur scheu und unglücklich; ich lehne mich so sehr nach ein bißchen Liebe.“

Die zitternde Hand der Alten hatte längst die ihrige fallen gelassen. Ant-Gitta hörte nicht, daß neben ihr ein unglückliches junges Herz weinte.

Meistmals glaubte Wiebke am Nachmittag das knirschende Geräusch eines näherkommenden Wagens zu hören; jedesmal hatten sich ihre Sinne getäuscht.

Es war ein stiller Tag. Kein Blättchen an den Bäumen schien sich zu rühren; kein Vogelschrei durchdrang die Stille. Wiebke hörte ihren eigenen Atem und das Klopfen ihres Herzens. Sie kam sich vor, als wäre sie rettungslos auf eine einsame Insel verschlagen. Sie fühlte, daß sie wahrhaftig würde, wenn sie noch länger hier bliebe. Sie fühlte den Drang in sich, hinauszufliehen, und laut zu schreien. War das schon Wahnsinn?

Wie aber, wenn die Nacht käme und Andres wäre nicht zurück? Sollte sie allein hier schlafen? Ihr graute vor den Geistern, die sie umgaben; ihr graute vor den eigenen fürchtbaren Gedanken. — Warum Andres nicht kam? Wenn ihm etwas zugefallen wäre? Sie würde vor Angst sterben, die alte Gitta kam elendiglich um, und erst nach Monaten vielleicht fände man sie hier. Ob sie dann wohl auch hier umgeben würde? Ob man sie wohl betrauerte, die so jung und einsam gestorben?

Sie schlug die Hände vors Gesicht und schluchzte laut auf. Da tönte ein Pflanzentrall durch die Stille; Andres kehrte zurück.

Wiebke richtete sich auf. Vorbei war alle Angst, alle Unruhe; verfloren waren die quälenden Gedanken. Was tuis, daß er kein Gebüriger war! Er war doch ein Mensch von Fleisch und Blut, ein Mensch, der ein Herz im Leibe und einen Verstand im Kopfe hatte. Sie fühlte wieder die Nähe eines lebendigen Menschen.

Einige Tage später ging Andres aufs Heistermoor, um Torf zu heben. Er schnitt sich ein paar Stücke Brot und Speck ab und steckte ein Fläschchen mit Rummel ein. „Ich komme erst am Abend zurück.“ rief er Wiebke beim Fortgehen zu, ich gehe ins Moor.“ Lange starrte das Mädchen ihm nach. Sie sollte wieder den ganzen langen Tag allein sein? Er kam zum Mittagessen nicht zurück, weil ihm jedenfalls zu viel Zeit verloren ging mit dem Hüt- und Herlaufen. Ob er nicht hungrig würde? Ob er sich nicht elend fühlen würde ohne Mittagessen? Er sah in der letzten Zeit gar nicht mehr so gut aus. Seine braunen Augen lagen tief in ihren Höhlen. Er arbeitete jedenfalls zu viel.

Rein, er sollte nicht ohne Mittagessen bleiben. Sie trug schon um elf Uhr die Schinkenuppe mit Klößen auf und aß mit Gitta zusammen.

Dann füllte sie den Armkorb mit Heu, packte einen Topf mit Essen hinein und machte sich auf den Weg zum Torfmoor.

Es war wohl eine Stunde zu gehen, und die Sonne brannte heiß. Sie mußte öfter stehen bleiben und sich den Schweiß von der Stirn abwischen. Ganz erhitzt langte sie im Moore an.

Andres war fertig mit dem Stecken. Sie sah ihn schon von ferne in seiner hellblauen Leinenjacke. Eine ganze Reihe schwarzer Soden lag schon zum Trocknen aufgeschichtet. Er sah vor sich auf seine Arbeit nieder und wurde Wiebke erst gewahr, als sie hinter ihm stand. Sie wartete, bis er sich umschah. Ihn beim Namen zu rufen, brachte sie noch nicht fertig.

Endlich ließ er den Spaten in die Erde, um sich den Schweiß von der Stirne zu wischen. Ein verlegenes Lächeln irrte um seinen Mund, als er sie sah.

„Hier ist Essen.“ sagte sie und zeigte auf den Korb, den sie auf einer erhöhten Stelle ins Gras gestellt hatte. „Essen Sie man hier; ich werde den Korb wieder mitnehmen.“

„Danke“, entgegnete er.

Wiebke hatte sich ins Gras gesetzt und blickte träumerisch über das Moor.

Andres wusch sich die Hände in einer Wasserrinne und trocknete sie im Gras. Dann setzte er sich in respektvoller Entfernung von Wiebke und ab.

Sie sah, die Hände über die Knie verschlungen, und sah ihn nicht an. Ihr brauner, schlöchter Strohhut war in den Nacken gestülpt, ihr Mund war halb geöffnet; es sah aus, als wollte sie die stille Schönheit der Natur in sich aufnehmen. Aber sie genos nur die Nähe des lebenden Menschen. Als Andres gegessen hatte und sich erhob, wand auch sie auf, nahm ihren Korb über den Arm und ging nach kurzem Gruß davon.



# Angrenzende Gebiete.

**Schwarian-Kensfeld.** Achtung, Parteigenossen! Zu der heute abend 8 Uhr stattfindenden Parteiverammlung müssen alle Mitglieder erscheinen.

**Reinbeck.** Mordversuch und Selbstmord. Der Zimmermeister Schefe hat seine 30 Jahre alte, wegen eines Beinleidens verkrüppelte ledige Tochter mit einem Beil zu erschlagen versucht und ihr außerdem mit einer Feile eine klaffende Wunde beigebracht. Die Unglückliche wurde in bedenklichem Zustande bestimmunglos von ihrer Mutter aufgefunden und ins Reinbecker Krankenhaus geschafft. Schefe, der sich in den letzten Wochen dem Trunk ergeben, hat sich dann in seiner Werkstätte durch einen Schuß getötet.

**Kiel.** Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat die Hamburger Bürgerglocke in der Provinz Schleswig-Holstein auf die Dauer von sechs Monaten wegen eines Artikels vom 21. Juli, „Rathenau-Mörder“

gestellt, verboten. — Dieses Schmutzblatt sollte überall verboten werden.

**Bremen.** Die U.S.P. Bremens für die Einigung. In der Mitgliederversammlung der U.S.P. am 25. Juli sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Alfred Henke über „Die politische Lage, Arbeitsgemeinschaft und Einigungsfrage“. Folgender Resolution des Genossen Henke wurde einstimmig zugestimmt: „Die Versammlung billigt die Beschlüsse der Zentralleitung der Reichstagsfraktion zum Schutze der Republik. Insbesondere begrüßt sie die Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft als den Beginn der notwendigen Einigung der proletarischen Parteien. Die Versammlung erwartet, bei voller Wahrung der Selbstständigkeit der U.S.P., von der Zentralleitung, der Reichstagsfraktion und dem kommenden Parteitag, daß sie zu ihrem Teil bestrebt sein werden, die noch bestehenden Hindernisse eines endgültigen Zusammenflusses der „feindlichen“ Brüder zu beseitigen. Voraussetzung des Erfolges ist, daß es andere sozialistische Parteien am gleichen Streben nicht fehlen lassen. Der gemeinsame gute Wille wird den richtigen Weg nicht verfehlen.“

# Lübener Bürgerschaft.

b. Lübed, 28. Juli.

Wortführer G. Ehlers.

Beginn: 6,15 Uhr.

Der Wortführer gibt bekannt, daß von einer Rechtsanwaltsfirma die Aufhebung der Immunität gegen das Bürgergeschäftsamt Dr. Haun beantragt sei. Der Geschäftsvorstand schlägt vor, die Sache dem Ältestenausschuß zu überweisen. Dem wird entsprochen.

1. Antrag: Erhöhung der Besatzungsgebühren. — Nidel (Komm.) lehnt den Antrag ab. Der Arbeiter könne diese Lasten nicht tragen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Antrag: Nachtrag zur Stempelordnung. Dr. Haun (Soz.) glaubt, angesichts der Geldentwertung eine erhöhte Gebühr für gerechtfertigt halten zu müssen. Eine Höchstgrenze von 500 Mark sei angebracht. Der Redner beantragt ferner einige redaktionelle Änderungen der Verordnung. — Nidel (Komm.) fordert erhöhte Gebühren. Den Betrag brauche man nicht zu schonen. — Embrolius (Dem.) beantragt Ueberweisung an den Ausschuß, der sich mit der Nachprüfung der Stempelordnung befaßt. — Dies wird beschloffen.

Es folgt die Beratung des

**Haushaltsplanes des freien und Hansestadt Lübed für das Rechnungsjahr 1922.**

Haut (Soz.) macht den Vorschlag, sich auf eine allgemeine Beratung zu beschränken und auf eine Spezialberatung zu verzichten. — Heilborn (Komm.) widerspricht dem Vorschlag. — Der Antrag Haut wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Senator Dr. Kalkbrenner verweist auf den relativ niedrigen Stand des Dollars bei Beratung des vorjährigen Haushaltsplans gegen heute. Demals hand der Dollar auf 68 resp. 65, heute auf über 300. Demgemäß sei der Markwert gesunken und folglich auch die Schwierigkeiten der Finanzbehörde gewachsen. Die Einnahmen hängen hinter den Ausgaben zurück. Die Gehaltsforderungen belasteten den Haushaltsplan in letzter Zeit mit etwa 216 Millionen Mark und wachsen weiter an. Ein Ende der Markentwertung sei nicht abzusehen. Solange die gewaltigen Reparationsforderungen bestehen, kann Deutschland nicht zur Ruhe kommen. Notwendig sei ein Abbau unserer Verwaltung. Lübed habe heute 2120 Beamte, 646 Angestellte und 2185 Arbeiter. Dazu kommen noch 171 Angestellte an nichtstaatlichen Anstalten, die vom Staate unterstellt werden. Weiter hat der Staat 385 Pensionäre zu unterhalten. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß in Lübed mit seinen 129 000 Einwohnern, von denen 59 000 erwerbsfähig sind, auf je 11. oder 12. Erwerbstätigen eine vom Staat bezahlte Person komme. Jeder vom Staate bezahlte müsse sich hier werden, daß der einzelne nur dann auf eine angemessene Bezahlung rechnen könne, wenn die Zahl der Beamten nicht zu hoch sei. Das Schulwesen erfordere 108 Millionen, die Polizei 100 Millionen Mark Ausgaben (Zuruf: Hörr, Hörr!). Eine Untersuchung ob dieser große Apparat notwendig sei, sei unbedingt notwendig. (Zuruf: Sehr richtig!) Auch das Bewachen erfordere hohe Summen. Die Finanzbehörde warte sich den Nachforderungen der einzelnen Behörden nicht verschließen, sondern aber größte Sparlichkeit. Die ungeheure Entlastung der bewährten Verwaltung habe die Schonhaltung vieler Schichten herabgedrückt. Das Wohlstandamt habe deshalb beträchtliche Mittel angefordert. Es sei ihm ein besonderer Fonds von 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, damit Hilfe für Waisen, den Rentneraufbau usw. gewährt werden könne. Über den Etat der Zeit komme man aber nur hinweg, wenn sich jeder einzelne seiner Verantwortung bewußt sei. Vieles Verantwortlichkeitsgefühl sei nicht überall vorhanden. Nicht wenige es nicht vollkommen, daß eine geringe Zahl von Beamten Tausende von Arbeitern wirtschaftlich heimsuchen könnten. Der wirtschaftliche Schaden bei diesem letzten Borgehen habe 7 Millionen betragen. Der Staat selbst habe

Hunderttausende eingebüßt. Unser Gemeinwesen könne nur gedeihen, wenn es vor Erschütterungen bewahrt bleibe. Zum Schluß hob der Redner hervor, daß von einer schlechten Finanzlage Lübed nicht gelassen werden könne. Lübed leide heute unter dem Verfall der Währung genau so wie andere Länder. Die Schäden würden offen dargestellt, damit wir uns davon freimachen könnten.

## Haut (Soz.):

Die von Herrn Senator Dr. Kalkbrenner angeführte Behauptung, daß die Forderungen der Entente die Alleinlast an unserer Lage tragen, ist nur zum Teil richtig. Wir vermüssen in den Worten des Senators die Einführung der Tatsache, daß es in Deutschland eine Menge Leute gibt, die sich an ihrem eigenen Vaterland verhängen. Der Stand der Reichs- und Landesfinanzen wird immer ungünstiger. Wir müssen mit Schrecken sehen, daß unsere Lage immer trostloser wird. Wir haben unsere ökonomischen Brüder so oft bedauert und müssen nun erkennen, daß unter Weg der gleiche ökonomische Rettungsweg unter Vaterland in diesen Abgrund und wir gemahnen mit Schauern, daß große Kreise unseres Volkes teils bewußt, teils unbewußt, an diesem Sturze mitarbeiten. In unverantwortlicher Weise arbeiten in allen Ecken unseres Vaterlandes Deutsche gegen Deutschland. Sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet sind diese Schädlinge unausgeseht an der Zermürung deutscher Kraft tätig. Und sehr oft sind es ein und dieselben Personen, die auf beiden Gebieten die Wurzeln unserer Kräfte zernagen. Am Tage beschäftigen sich diese Elemente als Schlichter und Richter und verkünden dem deutschen Volke die Lebensbedürfnisse ins Ungemessene, um nach vollbrachtem Tagewerk in den Vergnügungsbetrieben besagte Joten über Männer, die ihre ganze Kraft in der Dienst des deutschen Vaterlandes stellen, zu genießen. Für die Mäße des Volkes haben die Leute kaum ein Köpfchen, für deutschpolitische Bestrebungen dagegen eine offene Hand. Karzele, Sandhüter, Truks, Schieber- und Wuchertum auf der einen, die Hölzerkammer, Hefenkreuzler und ähnliches Geblöde auf der anderen Seite, sorgen dafür, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich ja nicht zur Ruine kommt. Ganz planmäßig werden die Reichenheiten bis zur Giebelhöhe aufgeschichtet. Und daneben steht ohnmächtig die Mehrheit des deutschen Volkes, und kann nicht so kühnlich fahren, wie es sich gehört, weil vor den Toren einer Stadt, dem etwas Derartiges sehr angenehm wäre. Man wagt es in diesen kritischen Tagen die Reichseinheit aufs Spiel zu setzen. Bannern, das Land der dunkelsten Mächte, der Hott der Hefenkreuzler und Zuzuchtsort der Mauthelmörder, mag es, die Reichseinheit zu misshandeln. Es scheint schon auf die Hilfe des russischen Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch zu haben, der dort eingetroffen ist. Man weigert sich, die vom Reichstag beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik durchzuführen. Die Vorgänge sind im einzelnen bekannt. Man verbirgt sich hinter nichtige Redensarten und verschönt die Gesetze des Reiches. Mit Wohlbehagen bringt eine gewisse Presse diese Vorgänge ohne Kritik zum Ausdruck und verschweigt ihren Leuten schändlich die Stellung der hantierenden Arbeiter und Kleinrentner. Angesichts der außerordentlichen und finanziellen Lage, in der sich Deutschland befindet, kann es nur eine Meinung im deutschen Volke herrschen geben, daß die kurzfristige Regierung, sollen nicht entsetzliche Folgen eintreten, zur Berrücktheit gebracht werden muß, denn das Reichs Volk ist anfangs war ein freier Weg durch Wien: einem kein Fortgang wird Gefahr, kein Ende Naht und Grenzen.“ Jeder verantwortungsvolle Mann ist verpflichtet, alles, was in seinen Kräfte steht, dazu beizutragen, daß Deutschlands Einheit gewahrt bleibt. Dazu sind auch die deutschen Landesparlamente verpflichtet. Wir empfehlen ihnen deshalb die Annahme folgender Entschließung:

Die Bürgerschaft Lübeds erklärt in dem gegenwärtigen Verhalten Bayerns eine schwere Schädigung der Reichseinheit, die um so tiefer sein muß, je schwerer unsere auswärtige Lage sich gestaltet.

Die Bürgerschaft Lübeds billigt jeden Schritt der Reichsregierung gegen den bayerischen Widerstand, die zum Schutze der deutschen Republik vom Reichstag beschlossenen Gesetze in Bayern einzuführen. Sie ersucht den Senat, durch den Lübedischen Gesandten der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen, daß diese die Durchführung aller Reichsgesetze auch von Bayern fordert. Sie glaubt damit auch die Aufhebung der übrigen deutschen Länder zu vertreten.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung liegen wir die schwersten Befürchtungen. Auch hier ist aus dem Kreise der Interessenten gegen das Amtsgeschäft in unverantwortlicher Weise gehandelt worden. Bedenken diese Leute denn gar nicht, daß es auch einmal umgekehrt kommen kann? Wir erwarten, daß der Lübedische Senat alles tun wird, um eine Beschäftigung der Lebensmittel herbeizuführen. Von den Arbeitgebern aber erwarten wir zukünftig etwas mehr Entgegenkommen für die Lage der Arbeiter und Angestellten in diesen teuren Zeiten.

Der vorliegende Haushaltsplan ist ja leider in manchen Punkten heute schon wieder überholt. Es ist unbedingt nötig, im Haushaltsplan erhebliche Erparungen zu machen und andererseits müssen die Staatsentnahmen gesteigert werden. Meine Fraktion erkennt an, daß von der Finanzbehörde der Versuch gemacht wurde, die Einnahmen aus den Staatsgütern, die teilweise in keinem Verhältnis zur Entwertung des Geldes stehen, zu erhöhen. Wenn diese Maßnahme nicht den Verhältnissen entsprechend durchgeführt werden konnte, so liegt dies an der Zusammenziehung des Pachtverwaltungsamtes. Wir erwarten, daß der Senat bei der Reichsregierung eine entsprechende Veränderung vorzuschlagen wird. Im übrigen ist meine Fraktion damit einverstanden, daß die Finanzbehörde sich bemüht, in freier Verhandlung eine entsprechende Minderung in den Pachtverhältnissen herbeizuführen.

Wir verschließen uns nicht, anzuerkennen, daß es notwendig ist, eine Anzahl von Staatsbetrieben mehr nach kaufmännischen Grundsätzen aufzuziehen, um eine größere Beweglichkeit in unserer so knappen Zeit zu gewährleisten. Wir erwarten dementsprechende Anträge des Senates an die Bürgerschaft. Die Verwaltung bedarf unbedingt weiterer Vereinfachung, die Zahl der Beamten und Arbeiter ist so groß, daß eine Einschränkung erforderlich ist. Wir erwarten von den einzelnen Behörden, daß sie zukünftig größeres Interesse für die finanzielle Lage des Staates zeigen, und mehr als bisher gemeinsam mit dem Ausschuss für die Vereinfachung der Verwaltung an der Reform arbeiten. Über nicht nur die Behörden, sondern auch alle Arbeiter, Angestellten und Beamten des Staates sind zu dieser Mitarbeit verpflichtet. Wir erwarten von allen vom Staate Beschäftigten, daß sie ihre gesamte Kraft reiflos in den Dienst des Staates stellen. Denn nur unter dieser Voraussetzung ist der Fortbestand, an dem alle ein großes Interesse haben, gewährleistet. Ganz besonders ist uns der Verwaltungsapparat der Polizei und der Baubehörde aufgefallen. Der Etat der Polizeibehörde ist größer als der Schulstat. Trotzdem wollen die Klagen über nächtliche Ruhestörungen in einzelnen Stadtteilen nicht verkümmern. Hiergegen muß rücksichtslos eingeschritten werden. In der Baubehörde müssen auch ganz erhebliche Einschränkungen möglich sein. Für den Fall aber, daß die dem Ausschuss zur Vereinfachung der Verwaltung übertragenen Befugnisse nicht genügen, ist meine Fraktion zur Erweiterung dieser Befugnisse bereit. Den Anträgen des Haushaltsausschusses stimmen wir zu.

Zum Etat der Ober- und Unterbehörde haben wir zu bemerken, daß die Lehrmittel für Bezirks-, Volks- und Mittelschulen in keinem Verhältnis zu dem der höheren Schulen stehen. Es muß Sorge getragen werden, den Doppelunterricht in der St.-Gertrud- und Domschule zu beseitigen. Uns ist die Raumnot der Oberbehörde sehr gut bekannt. Schuld an diesen Verhältnissen sind jene Politiker, die den Bau von Schulhäusern vor Jahren verhindert haben. Der Fortbestand der Baugewerk- und Seefahrtsschule ist sehr angeht, das mangelhafte Besuchen dieser Schulen nicht mehr verantwortet werden. Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

„Die Bürgerschaft beschließt die Aufhebung der Baugewerkschule sowie beider Abteilungen der Seefahrtsschule.“

Wir erklären uns bereit, etwaige entstehende Härten bei der Auflösung durch Gewährung von Stipendien an unterbemittelte Lübeder auszugleichen. Dabei rechtzeitig es sich umeres Erachtens gleichzeitig die Frage der Zusammenlegung höherer Schulen zu prüfen. Wir stellen folgenden Antrag:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Ausschuss für Unterricht, Kunst und Wissenschaft zu prüfen, ob nicht durch Zusammenlegung der höheren Schulen Erparungen durchgeführt werden können.“

Wir bedauern derartige Vorschläge machen zu müssen aber es sind Maßnahmen in der Zeit der Not. Den Staatszuschuss an die Heimausschule Weirauch werden wir im nächsten Jahre nicht mehr bewilligen. Ebenso den Zuschuss an den Verein Öffentliche Besekalle werden wir zukünftig ablehnen. Auch einer Neubewilligung werden wir nicht mehr zustimmen. Der Senat hat Zeit genug gehabt, den Wünschen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen.

Als dringende Notwendigkeit betrachten wir die Schaffung von Jugendheimen für die Arbeiterjugend, vor allem im Innern der Stadt. Beim Einzug des Polizeiamtes in das Wollmagazin werden für diesen Zweck brauchbare Räume in der Mengstraße 28 frei. Wir brauchen diese Räume dringend zur Erziehung unserer Jugend. Die Arbeiterjugend ist in diesen Zeiten der Not nicht in der Lage, die notwendigen Räume aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Im übrigen wird meine Fraktion dem Haushaltsplan zustimmen und ich spreche den Wunsch aus, daß es den gemeinsamen Bemühungen aller Parteien gelingen möge, die schlimmsten Zeiten für unsere Bevölkerung so erträglich wie möglich zu machen. (Lebh. Beifall bei der Soz.)

Imbrolius (Dem.) verweist auf die kritische Lage Deutschlands. Die Folgen des Krieges machten sich jetzt bemerkbar. Alle Hoffnungen seit 1918 hätten sich leider nicht erfüllt. Heute gehören wir großer Optimismus dazu, für das Allgemeinwohl zu wirken. Die unbeschämte Vorgänge in Bayern und andere stehen das Schlimmste befürchten, daß sei zu hoffen, daß mit der Ruhe, die die deutsche Regierung herbeizuführen und der anerkannten Tüchtigkeit des Reichspräsidenten ein Ausgleich statfinde. Es wäre nicht angebracht, wenn wir jetzt auch noch einseitig würden. Man müsse sich fragen, wofür das finanzielle Elend noch führe. Vor acht Jahren habe ich keine gefunden, der vor dem Abgrund gewarnt habe, wohl aber heute jeder, daß man den Krieg nicht gemollt habe. Heute haben wir wieder vor einem Abgrund. Das Bewußtsein müßte in allen Kreisen aufstauen, daß uns nur der Weg der Ordnung und der Ruhe retten könne. Wer mit dem Gedanken des Klassenkampfes spielt, mitte staatsauflösend. Der Redner geht

Sie hatte es nicht sehr eilig, wieder nach Hause zu kommen. Sie mußte verständig gehen, denn und wenn kam eine fast jüdische Wollentwinderin oder ein Ziel. Sie dachte an den Mordfall, von dem Mutter Maria erzählt hatte, und Mitleid in das Herz. In dem der Samstags tag spiegelte. Dort unten sollte er wachen in einem schmerzlichen Schlaf. War nicht etwas zu sagen in dem dunklen Grunde?

Nein, es war ihr eigenes Antlitz, das ihr entgegenleuchtete, nicht hoch und hell, sondern trüb und glühend, mit schmerzhaften Augen. War das Mitleid Anderen vom Kindheitstag?

Schon hätte war Mitleid abends nach dem Abendbrot fortgegangen. Sie open schon um sechs Uhr. Der Abend war dann so lang; sie hielt es nicht aus, fundenlos in der Stube zu sitzen. Sie ging gedanklich über das Brautpaar und ein Ende in den Wald hinaus. Ein solcher Gang hätte die ungeliebte Sehnsucht in ihr.

Es war an dem schönen Abend eines heißen Tages. Die Sonne neigte sich glühend dem Erdboden zu. Sie stieg sie in dem Wald des Stils, daß es auslief, wie glühendes Metall.

Wohle hand an dem Gartentande unter den blühenden Danerweiden, deren Silbergrüne Blüte sie umschürten. „Ich gehe hinein“, sagte sie sich selber. „Ich will sehen, wie es ist.“ Sie hat noch einmal zurück in das Haus und holte sich ein Tuch. Andreas begegnete ihr und sah ihr nach. Sie wollte ihm Beifall geben, aber sie konnte den Gedanken nicht. Was ging es ihn an? Er flüsterte ihr ja doch nicht an sie.

Sie ging sie nach der Seite, wo die Sonne unterging. Streng und aber wollte sie gehen, um an das Ziel zu gelangen. Sehr durch dieses Gedächtnis, wobei sich die Wunderranten an ihr Kleid schlangen, denn die Junges eines Kranzweides emulien; jetzt nach der andern Seite. Bald war der Sieg des Stils ihren Augen entzogen, bald trugte er wieder auf. Es war hoch weiter, als sie dachte. Endlich war sie am Ziel. Aber da war die Sonne schon vor ein paar Minuten untergegangen, und die Spinnerinnen, die den glühenden Faden spannen, war nicht mehr zu sehen.

Im Westen glühte der Himmel noch rot im Widerschein des Sonnenunterganges; mo das Abendrot aufhörte, legte ein feiner, weißer Nebel sich ein.

Wohle ging, in Gedanken entsunken, weiter. Es war ja noch so hell. Der wachte davor auf sie? Die Was heute ihre Klänge

schon verpasst und froh vielleicht schon nach einer halben Stunde ins Ziel. Und Andreas? Was ging sie der an und was er sie?

Sie lag schlafend ab und ging weiter, immer weiter. Hinter ihr immer die weißen wachenden Nebel mit Riechendeiern ge- trochen, aber sie sah nicht um.

De war der Wald. Heute kam sie von einem anderen Ende herein. Sie war so sehr zwischen den Bäumen. Hier schloß sie sich die zu Hause; hier war sie nicht einsam und verlassen. Die Bäume waren liebe verrante Kameraden, zu denen sie sprechen konnte. Sie wurden nicht müde, ihr zuzuhören, ob sie ihnen ihr altes Leid oder ihre junge Sehnsucht klagte.

Sie hatte sich auf eine von der Natur gedante Moosbank unter den Lärchen gesetzt. Ein leises fernes Rauschen tönte an ihr Ohr. Ihr kam der Gedanke an den Tod. Was sie nicht schon in einem Saug, und fern von ihr ruschte das Getriebe der Welt? Ja, werden, nicht mehr allein sein in dieser Stille! Vielleicht lag der Vater jetzt daheim an der Seite seiner Frau. Im nächsten Monat würde der Todestag der Mutter jährig. Dann würden sie wohl bald die Hochzeit feiern. Ob sie denn noch lebte? Wohl, sie fragte sie an. Wie dunkel es im Walde war, brauchen war es noch so hell gewesen. Sie wollte nach Hause gehen.

Was nicht, als sie vorhin gekommen, eifre sie zurück. Nein, das war nicht der richtige Weg. Sie hat nach der entgegen- gesetzten Richtung vorwärts. Der Weg dankte ihr endlos lang, aber sie sagte sich selber: „Nur weiter, weiter!“ Wenn sie noch- mals umkehrte, würde sie hoffentlich die Richtung verlieren.

So eifre sie denn röhler mit leuchtender Brust vorwärts, sie krochete an über eine Baumrinne; ein paar mal hütel ihr Kleid an einem rauhen Stamme hängen. Sie raffte sich auf, rief sich los und eifre weiter, so röhre es die düsteren Wälder Fichten erklingen. Die Nacht hell ihre Schritte beschleunigen.

Endlich zeigte sich eine Lichtung. Über das Bild, das sie hier sah, war ganz vertrieben von dem, was sie dachte.

Wo war Heilbrunn?

In ihrem Rücken wackten die Nebel, darüber gleich, mit unheimlichen Rufen. Von Heilbrunn war keine Spur zu sehen, als hätten die Nebelgehäusen es verschlungen.

Wohle hatte angefangen aus. Nirgends ein Haus, nirgends ein Weg, nur Wald und Nebel und am Himmel einzelne matt- glühende Sterne.

(Fortsetzung folgt.)



die beste Milch-Schokolade



wetter auf Einzelheiten der Finanzen ein und streift die Anleihefrage. Der Finanzbehörde sei das Zeugnis auszustellen, daß sie so gearbeitet habe, daß unsere Finanzlage gesichert sei. Unsere Staat nehme eine hervorragende Stelle unter den Staaten ein, habe jedoch in Zukunft scharfe Konturen zu gewärtigen. Deshalb müßten wir bestrebt sein, den Lübecker Hafen als Durchgangspunkt mit dem Hinterland, insbesondere auch mit der Fischschiffahrt zu befestigen. Die Steuerfrage sei bereits so fest angesetzt, daß nicht mehr aus dem Volksschatz herausgeholt werden könne. Der Ausschuß zur Vereinfachung der Verwaltung habe bisher tüchtig gearbeitet, sehe sich aber ungeheuren Schwierigkeiten bei den Behörden gegenüber, die sich allen Vorschlägen des Ausschusses ablehnend verhielten. Auch die Beamten müßten darauf bedacht nehmen, daß die Beamtenschaft nicht zu sehr anwachse. Die Tätigkeit der Rechnungsbehörde erbringe hoffentlich ebenfalls eine Ersparnis. Ehe wir Deckung durch Einnahmen hätten, müßten die Ausgaben aufs äußerste verringert werden. Den Notleidenden, Kunstnern usw. müsse weitgehendste Hilfe gewährt, der Wohnungsmangel nach Möglichkeit behoben werden. Der Schutz des Bürgers sei notwendig, ebenso die Förderung des Schulwesens. Der Lehrer unterstützt den Antrag Haut auf Aufhebung der Baugewerkschule und der Seefahrtsschule, betont aber, daß die Aufhebung seiner Fraktion hierüber geteilt sei. Auch der weitere Antrag Haut betr. Prüfung der Zusammenlegung der höheren Schulen finde keine Billigung. Gegen die hohen Kosten der Polizei seien die schwersten Behauptungen angebracht. Insbesondere sei die Ordnungspolizei B über unsere Verhältnisse zu leben. Polizeibehörde und Kostenwesen erforderten recht hohe Summen. Das Lehrere erfordere über 2 Millionen und bringe nur 450 000 Mark ein. Manche Posten im Etat zeigten eine große Zerstückelung und müßten zusammengefaßt werden, so z. B. erweise sich in der Jugendfürsorge ein überreifer Aufbau. Die sachlichen Ausgaben mancher Behörden erforderten unbedingte Nachprüfung. Die Betriebsanstalten müßten baldmöglichst nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden. Entgegenwärtig werden die Kosten einer Neuanschaffung von Angestellten für das Behnhaus der Bürgerwehr müßte sich ständig als Kontrollorgan fühlen und darauf achten, daß die Nachtragsforderungen nach geordneten Gesichtspunkten erfolge. — **W o i c (Dem.)** achtet auf die Gewerbesteuer, die im Haushaltsplan mit 12 Millionen Mark eingelegt sei, da die ganze Struktur des Gewerbesteuergesetzes geändert sei, müsse die erhöhte Forderung auf eine neue Ausschüttung vorzulegen werden. Notwendig sei bei der schwebenden Wirtschaftslage die Berechnung nach dem jährigen Durchschnitt. Des weiteren erklärt der Redner, daß Lübeck die Frage der Errichtung eines Reichsausschusses für die Gewerbesteuer behalte. Sie sei aber mit hohen Kosten verknüpft.

**H e f t i (Wbg.)** fordert größte Sparsamkeit bei den Behörden und Beamten. Die Wirtschaft sei unrentabel und führe uns zur Katastrophe. Einnahmen und Ausgaben der Wirtschaftsbetriebe müssen in Einklang gebracht werden. Die eilige Verabschiedung des Haushaltsplans verhinere die Aufzählung aller Mängel. Besonders beanstandet werden müßten die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Schulen und Gefängnissen. Auch das Gewicht der Brennstofflieferungen müsse nachgeprüft werden, da z. B. ein Kohlenhändler an eine Behörde liefere, der ihn selbst jahrelang Gewichtsbetrogen habe. Traurig sei, daß aus den städtischen Kassen keine höhere Beträge herausgewirtschaftet würden. Der Haushaltsplan vermissen man hierbei zudem die Berechnung der Vermahlung und Verzinsung der Güter. So wie der Etat seiner Grundstücksverachtung Not leide, würden auch die Ausgaben betroffen. Dauerhaft sei, daß die Fischmarktstände nicht verpachtet wurde, obwohl sich ein Komorium dafür bereitgestellt habe. Die Ausgaben von 1700 000 Mk. für Mietwohnungen und Wohnungswesen würden besser für den Bau von Wohnungen verwandt, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen abgebaut werden. Die Seefahrtsschule könne Lübeck nicht weiterhalten, dagegen sei der Weiterbestand der Baugewerkschule notwendig. Sie habe so gutes Ansehen als Kulturstätte und das Stadttheater. Die Grenze zur Zahlung der Gewerbesteuer müsse höher gezogen werden. Zum Schluß fordert der Redner den Abbau des Verwaltungsapparats, da heute auf fünf Stellen ein Beamter oder Angestellter entfallen.

**H e i l b o r n (Komm.)** betont, daß Ordnung in die Wirtschaft kommen müsse, wenn die Gesellschaft weiter bestehen soll. Ein solcher Zustand erfordere fortwährende Arbeit und Gütererzeugung. Heute würde aber die Wirtschaft fortwährend durch Wirtschaftskämpfe erschüttert. Auch hier in Lübeck seien große Kämpfe im Gange. Die Arbeiter müßten sich eben gegen das Elend wehren. Deren Forderungen seien gegenüber den Behörden für die wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter und nur als Verteidigungsmittel zu bewerten. Was haben die Direktion der Ueberlandzentrale und der Senat getan, den Kampf zu beenden und den Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen? Die Unternehmerklasse sei nicht imstande, die Wirtschaft aufzubauen. Dazu seien nur die Arbeiter und Angestellten befähigt, die wohlorganisierte und produktive Arbeit leisten. Der Redner geht auf die hundertfachen Vertiefungen und auf die Koalitionsregierung im Reich ein, die nicht ohne die Arbeiter sein können. Auch in Lübeck seien von den Arbeitern Forderungen zum Schutze der Republik aufgestellt, aber nicht erfüllt worden. Wenn so gearbeitet werde, brauche man sich nicht um den Trug Bayerns zu wundern. Unter der Forderung nach Abschaffung der Staatsbetriebe verhehle sich ihre Ausschüttung an den Kapitalismus. Von der Sozialisierung höre man nichts mehr. (Zuruf Dr. Leber: Rußland!) Heute verhehle man das umgekehrte Ziel. Die Betriebsanstalten brauchen die Ueberhöfe abzugeben, sondern die Steuern müßten die Beamten aufbringen. Wenn bei den Beamten gefordert werden dann müsse man beim Senat, beim Gericht und bei der Polizei Umschau halten. Doch von Polizei und Justiz hänge hier keine Lebensfrage ab. Der Abbau der Schulen, insbesondere der Fachschulen, sei zu bedauern. Der Staat müsse den Schülern den vollen Lebensunterhalt einschließlich Kleidung verschaffen. Seine Fraktion stimme zwar für den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Baugewerkschule, fordere jedoch die Errichtung zentraler Fachschulen im Reich. Im übrigen müsse der Haushaltsplan zeitlicher vorgelegt werden, damit man sich in die Einzelheiten vertiefen könne. Die Stellung seiner Fraktion zum Staat sei nach wie vor die gleiche, insofern derselbe von dem kapitalistischen Staat die Mittel.

**R e i m p e l l (D.)** verzichtet auf ein Eingehen in die großen politischen Fragen, da diese erst kürzlich hier besprochen worden sind. In der Frage Bayerns stelle er sich auf die Seite des Herrn Prof. Wagner, Bayern habe eben eine andere Mehrheit, und da man nicht noch Del ins Feuer gießen. Der Haushaltsplan sei in seinen grotesken Zahlen daselbe Bild wie im Reich. Die Aufhebung der Baugewerkschule gebe keine Fraktion die Zustimmung nicht. Für die Kriminalpolizei gebe man nahezu dieselbe Summe aus wie für die Baugewerkschule. **D r. G e h a r d t (D.)** hält es u. a. für gewissenlos, daß sich der Herr, Schieber und Balutapetulant an dem Elend des Volkes bereichern. Zu begründen wäre ein halbiges Ende des Elendes auf dem Hofsofenwert. Zu bedauern sei, das Schwindende in der Richtung vor dem Gesetz. Das Vorgehen Bayerns sei zu verurteilen. Hoffentlich gelinge es der gekümmerten Hand des Reichspräsidenten, Ordnung zu schaffen. Um Ruhe in der Stadt zu schaffen, sollte man dem Vorbid Würtembergs folgen und die Zeitstunden der Bergnügungststätten um 10 oder 11 Uhr festsetzen. Eine Einzelberatung des Haushaltsplans erübrige sich. Die Positionen sich von Tag zu Tag überholten. Die im staatsrechtlichen Grundgesetz liegenden Werte müßten möglichst nutzbar gemacht werden. Den Anträgen des Senats und des Ausschusses stimme seine Fraktion zu. Dagegen unterstütze seine Fraktion den

sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Baugewerkschule nicht.

**Senator Evers** erklärt, der Senat stimme im allgemeinen den Anträgen des Haushaltsausschusses zu. — **Senator Ewig** tritt für den Weiterbestand der Baugewerkschule und der Seefahrtsschule ein. Erst im vorigen Jahre habe sich ein Ausschuß für diese Schule ausgesprochen und die Bürgerschaft selbst habe ihr das Wohlwollen zugesagt. Der geringe Besuch resultiere aus den wirtschaftlichen Verhältnissen, im Winter sei auf 120 bis 130 Schüler zu rechnen. Lübeck sei verpflichtet, etwas für die Fortbildung der Handwerker zu tun. Genau so verhalte es sich mit der Seefahrtsschule. — **Senator Dr. Kalkbrenner** erwidert, in Frage der Gewerbesteuer dem Vorschlage des Haushaltsausschusses zu folgen und die Steuer um 100 % zu erhöhen. Die Finanzbehörde lege Wert auf die Verabschiedung der Vorlage. Die Höhe erlaube trotzdem noch nicht den Projekt anderer Städte. — **Neufeld (Dem.)** beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen von **Haut**, **Heilborn** und **Dr. Leber**.

Es folgen die **Abstimmungen**. Abgelehnt werden die Anträge **Nickel (Komm.)**, die Positionen für Polizei, Justiz und Gefängniswesen zu streichen; ebenso der Antrag auf nachmalige Prüfung der Gewerbesteuerfrage durch einen Ausschuß. Angenommen werden die Anträge **Wed** und **Genossen** betr. Bayern und Prüfung der Zusammenlegung der höheren Schulen mit %, der Antrag auf Aufhebung der Baugewerks- und Seefahrtsschule mit einfacher Mehrheit. Der gesamte Haushaltsplan wird hierauf gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Angenommen werden ferner zwei Erlasse betr. Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Brennstoffverbrauches und Nachprüfung der Steuerfrage für Wanderlager. Ein Antrag **Kopf (Komm.)** betr. Verstaatlichung der Volkshochschule sowie unentgeltlichen Unterrichtes und der Lernmittel an dieser wird abgelehnt.

Mit dem Etat verflochten waren folgende Anträge, die im Sinne des Haushaltsausschusses erledigt wurden.

4. Antrag: Erhebung eines Aufschlags von 100 % zu den Sätzen der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922. — Wird angenommen.

5. Antrag: Nachtrag zum Gesetz vom 11. Mai 1910, die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Bezirke betreffend. — Wird nachläufig zurückgestellt.

6. Antrag: Nachbewilligung für die Friedhofsbehörde. — Wird angenommen.

7. Antrag: Schaffung von drei weiteren Gewerbeschulstellen an der Gewerbeschule; Zuständigung der Räume der Burg-Mädchenschule. — Der Antrag wird abgelehnt.

8. Antrag: Gewährung eines Ruhegehaltes an den Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Gaggow. — Wird mit den von Reimpell (D.) beantragten Änderungen angenommen.

Die Sitzung wurde auf Montag vertagt. — Schluß 10 Uhr.

### Schützt eure Presse!

In der Zeit sprunghafter Teuerung ist es begreiflich, daß auch über die hohen Bezugspreise für Zeitungen geklagt wird. Da muß aber immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Zeitungsbezugspreise bei weitem nicht in dem Maße gestiegen sind, als die sonstigen Bedarfsartikel. Die Zeitungsbesitzer haben die außerordentlichen Umstände und die gewagten Einschränkungen aller Art vorgezogen, um den Bezugspreis so niedrig wie irgend möglich zu halten. Das gilt besonders von der sozialdemokratischen Presse, die keine millionenreichen Gewinner hinter sich hat, deren Ziel es gerade ist, der Arbeiterpresse mit Hilfe der hohen Papierpreise den Garaus zu machen, um dann das Volk ungehindert mittels ihrer Mordhepse vollends moralisch vergiften und politisch verkommen zu können.

Jetzt helfen die Zeitungen wieder vor der Notwendigkeit, ihre Bezugspreise zu erhöhen. Einer besonderen Begründung dieser Maßnahme bedarf es eigentlich nicht. Jeder Leser, jede Hausfrau hat es in der eigenen Wirtschaft erfahren, welches Tempo die Aufwärtsentwicklung der Preise in den letzten Wochen angenommen hat. Jeder Tag bringt eine neue Steigerung. Die Zeitung wird von dieser Preisentwicklung am härtesten mitgenommen, denn zu ihrer Herstellung werden Rohstoffe gebraucht, die weit über das Durchschnittsmäßig gestiegen sind. Zum Beispiel Holz und Leinwand. Der Papierpreis ist gegen den Friedenspreis auf das Hundertfache gestiegen.

Einer Zeitung, die bestehen muß von ihren Einnahmen aus den Abonnements und Inseraten, ist es unmöglich, ohne Preiserhöhung im kommenden Monat auszukommen. Trotzdem müßten abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen. Die Bezugspreiserhöhungen der Zeitungen sind allgemein und unumgänglich. Sie passen sich noch lange nicht den Herstellungskosten an. Der Lübecker Volksbote ist eines der billigsten Publikationsblätter, sein Bezugspreis ist um 3-10 Mk. billiger als anderwärts. Wir vertrauen stark auf die Einsicht unserer Genossen und Leser, denen wir ein Vorbild unserer österreichischen Genossen vorschlagen wollen. So kostete die „Wiener Arbeiterzeitung“ im April noch 1400 Kronen monatlich. Eine Krone geht in Friedenszeiten zitta 80 Pfg. Für den August gibt der Verlag der Wiener „Arbeiterzeitung“ bekannt, daß der Bezugspreis auf wöchentlich 900 Kronen oder monatlich 3600 Kronen erhöht werden muß. Ein glänzendes Zeugnis für die politische Einsicht und den unkeuschen Aukturmüll der Wiener Arbeiterzeitung ist es, daß sie in dem toten Wirbel dieser wirtschaftlichen Revolution ihre Zeitung, ihre wertvolle Waffe und Beaterie, ihr geistiges Band erhält und wir erwarten auch von der Lübecker Arbeiterzeitung weiteren Schutze ihrer geistigen Waffe, des

### Lübecker Volksboten.

Wer den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Wert der sozialistischen Presse für den Leser erkannt hat, muß seinem Blatte nicht nur selbst treu bleiben, sondern ihm auch neue Leser werben, damit es nicht der allgemeinen Zeitungsnot unterliegt, sondern noch besser als bisher ausgebaut werden kann. Darum Parteigenossen, Republikaner, Freunde unserer großen weltbefreienden Sache, ärgert nicht! Geht an die Arbeit für eure Zeitung. Jeder neu gewonnene Abonnent bedeutet eine neue Etappe auf dem Weg zu unserem sozialistischen Ziel. Wertet die reaktionären, vom ausbeutenden Agrar- und Industriekapital ausgehaltenen Blätter nach Hause hinaus. Wo ihr Bekannte seht, die diese Feinde des Fortschritts und der Freiheit im Hause beherrschten, sagt ihnen, daß sie sich gegen ihr eigenes Fleisch und Blut verdingen. Um der großen Sache willen ruhen wir euch zu: Mäkt die Zeit!

### Gewerkschaften.

Zum amerikanischen Bergarbeiterstreik. Die streikenden Bergarbeiter haben nicht nur die Unternehmer mit ihren „Arbeitswilligen“ und „Winkertons“ gegen sich, die für die nötigen „Unruhen“ zu sorgen haben, sondern auch die Regierung, die den Unternehmern freie Hand läßt, zugleich aber auch auf den ungeführten Fortgang des Wirtschaftslebens Bedacht nehmen muß. Es wird gemeldet: Die Regierung hat nunmehr endgültig die Kontrolle aller Eisenbahnlinien sowie die der Kohlenförderung in die Hand genommen. In der letzten Nacht wurden Anordnungen erteilt, daß alle Warensendungen auf direktem Wege vorgenommen werden müssen. Lebensmittel und Kohlen haben den Vorrang auf allen Linien östlich vom Mississippi durchzuführen zu werden. Auf diese Weise hofft man, die vollständig verstopften Eisenbahngesetze freizubekommen und eine Reserve an Lokomotiven und

Waggons aus den Bergwerken aufzustellen, von denen aus der Transport der Kohle aus den Bergwerken bis in die Industriegebiete bewerkstelligt werden kann. Präsident Harding soll die Absicht haben, eine Woche zu warten, um die Wirkung dieser Maßnahmen zu erproben, bevor er andere, noch schärfere Maßnahmen anordnet. Insbesondere will er die Ergebnisse der Schritte abwarten, die zum Schutze der Arbeitswilligen unterzogen worden. Die Regierung ist ferner entschlossen, der Arbeitskommission der Eisenbahn alle Machtbefugnisse zu übertragen. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaft behaupten, daß sie volles Vertrauen in die siegreiche Bewältigung des Streikess ihrerseits hätten. Die nationalen Gewerkschaften der Eisenbahner würden aufgelöst werden und an ihrer Stelle „unabhängige“ Gewerkschaften treten. In verschiedenen Bergwerken versucht man, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zum Schutze der Arbeitswilligen werden Truppen in die betreffenden Bergwerke geschickt. Die Streikenden versuchen, die Dockarbeiter für sich zu gewinnen, um die Ausfuhr der englischen Kohle zu verhindern.

Aus New York wird noch gemeldet: Alle Maschinenisten und Geizer, die in den Kohlenbergwerken von Texas, Oklahoma und Arkansas beschäftigt sind, haben heute den Generalkrieg erklärt. Aus Detroit wird gemeldet, daß die Maschinenisten, Geizer und Kofenleute der Schiffe auf den großen Seen nahezu einstimmig den Streik beschlossen.

### Aus aller Welt.

**Absturz eines Postflugzeuges.** Am Freitag nachmittag stürzte das Postflugzeug D 150 der Deutschen Luftreederei etwa 6 Kilometer von Boizenburg ab. Die Ursache läßt sich noch nicht feststellen, da das Flugzeug vollständig gertrümmert am Boden liegt. Auf dem Felde arbeitende Leute beobachteten, daß das Flugzeug sich überschlug und zur Erde stürzte. Die erste Hilfe besetzte die unter den Trümmern des Flugzeuges liegenden Fahrgäste, anscheinend drei Amerikaner, deren Namen auch noch nicht festzustellen sind. Diese wie auch der Flugzeugführer von Vertral konnten nur als Leichen unter den Trümmern hervorgezogen werden. Es wurde bei allen Schädelbruch konstatiert.

**Die Prämie von 2 Millionen Mark,** die von der Regierung auf die Auffindung der Mörder Kathenhaus ausgesetzt wurde, wird unter eine ganze Reihe von Personen verteilt werden. Einen bedeutenden Anteil werden die beiden Touristen erhalten, die die Polizei auf das Treiben der Flüchtlinge in der Ruine Saaleck aufmerksam gemacht haben. Ferner hat ein Witkhausbesitzer bei Debitfeld in der Nähe von Gardelegen Anspruch auf Beteiligung, da er die Polizei auf die nach Mitteldeutschland führende Spur brachte, während die sonstige Bevölkerung der Landmark vielfach irreführende Angaben machte. Schließlich haben sich mehrere Beamte der Berliner Polizei und auch Naumburger Kriminalbeamte um die Festnahme der Mörder verdient gemacht.

**Todessturz von fünf Bergleuten aus dem Förderkorb.** Auf der Zeche Neu-Fierlohn wurden, einem Telegramm aus Dortmund zufolge, durch einen Sturz aus dem Förderkorb fünf Bergleute getötet, sieben Bergleute und drei Beamte verlegt.

**Unwitterschäden in den Heckerländer Ziegeleierwerken.** Das Unwetter der letzten Tage hat der Heckerländer Ziegeleierindustrie großen Schaden gebracht. Bei den dreißig im Kreise Heckerlande gelegenen Ziegeleierwerken sind durch den ununterbrochenen Regen in den Trockenkästen etwa 6 bis 8 Millionen ungebrauchte Steine vernichtet worden.

**Erntezerstörendes Hagelwetter.** Nach einer Meldung der „Königlichen Zeitung“ hat das Hagelwetter vom 22. Juli im größten Teile des Siegtreises verheerenden Schaden angerichtet. Von der Ernte, die als befriedigend bezeichnet wurde, sind bis 50 % und mehr vernichtet; insbesondere haben die Halmfrüchte gelitten.

**Unwetter in Bayern.** Ein schweres Unwetter ist über die weitere Umgebung von Litzmoning am Waginger See niedergegangen, wobei in mehreren Ortschaften durch Hagelschlag sehr großer Schaden verursacht worden ist.

### Das Wetter der Woche.

Von der Daxenburger Wetterwarte in Wölk.

Wie von der Vorwoche, so können wir auch von der nächsten Woche (30. Juli bis 5. Aug. einchl.) wenig Bestimmtes berichten. Der Witterungscharakter wird nach unseren Ermittlungen noch keine durchgreifende Veränderung im günstigen Sinne erfahren, wenn auch vorübergehend einige ziemlich trockene Tage im 2. Wochendrittel eintreten dürften. Der Anfang und der Schluß des neuen Zeitabschnittes werden jedenfalls verbreitete Niederschläge bringen, besonders für den W., N. und NW. des Bezirkes. Nur der Süden hat etwas günstigere Witterungsbedingungen, erhält aber auch zeitweise Regenfälle. Unter diesen Umständen können wir den Landwirten nur dringend raten, den Schnitt des Getreides, wo irgend möglich, noch hinauszuschieben, um so mehr, da das Korn durchweg noch nicht überreif und für August jedenfalls günstigeres Erntewetter zu erwarten ist. — Die Witterung NW., N. bis Mittel-Deutschlands wird größtenteils beeinflusst durch atmosphärische Störungen (Tiefdruckgebiete), die über dem Ozean im NW. der britischen Inseln aufstehen und über N.-Europa nach N.-Rußland abwandern. Wenn auch die zentralen Teile dieser Luftwirbel nördlich an uns vorüberziehen, so werden unsere Gegenden doch von lag. Ausläufern derselben getroffen. Unbeständiges, abnorm kühles, starkwelliges Wetter mit böigen, frischen bis starken (Küfte) SW. bis W.-Winden resultiert aus solcher Wetterlage. — Im einzelnen: 30. Juli: Etwas wärmer, doch durchweg kühl, zunächst aufklarend und sonnig, sowie trocken bei art. aufsteigenden südlichen Winden. Nachmittags und nachts west-südwestwärts ausgebreitete Regenschäfte im ganzen Bezirk. Strichweise Gewitter. 31. Juli: Kühl, meist bedeckt, vielfach starke, im Küstengebiet stürmische SW. bis W.-Winde, verbreitete, andauernde Regenschäfte. 1. August: Wärmer, zeitweise aufklarend und sonnig, besonders im S. und W., böige nordwestliche Winde, im N. und O. vereinzelt Regenschauer. 2. August: Veränderlich, teilweise sonnig, lebhaft westliche bis südwestliche Winde. Im nördlichen Teile des Bezirkes kurze Regenschauer. Sonst meist trocken. 3. August: Wärmer, wechselnd bewölkt aufsteigende südliche Winde. Strichweise Regenschauer und Gewitter. 4. Aug.: Kühl, unbeständig, teilweise trübe, frische SW.-Winde, zeitweise Regenschäfte. 5. Aug.: Kühl, meist trübe, vielfach starke S. und SW.-Winde, Temperatur sinkend, ausgedehnte Regenschäfte.

Unserer heutigen Gesamtanlage liegt ein Prospekt über echten Kathreiners Malzkaffee bei.

**Etwas ganz delikates**



sind Tadel- u. Figuren-Madeln Sie gehen rasch und billig appetitfähig und doch nahrhaft Suppen. Auch als Auflauf, Pudding mit oder ohne Obst eine köstl. Speise.



# Nutze dein Herdfeuer!



Frikadellen, zart und fein,

Werden oft willkommen sein,  
Und fürwahr sind ein Segen  
Selbst für ganz verwöhnte Mägen.  
— Wenn sie in der Pfanne schwitzen  
Laß Persil\* der Wäsche nützen!

\* Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.

## Mit 5000 Belohnung.

In der Zeit zwischen Freitag, den 21. Juli, und Montag, den 24. Juli, ist von unserem hinter dem Drägerwerk liegenden Motorboot "Margarethe" ein (5035) **Gold-Magnet** mit feststehendem **Ufer** gestohlen worden. Außerdem haben der oder die Täter 10 Gabeln, 10 Schüssel und 10 Teelöffel entwendet. Für Wiederherbeschaffung des Magnets sichern wir eine Belohnung von **Mit. 2000**, für Angaben, die zur Ueberführung des oder der Diebe führen, eine Belohnung von **Mit. 3000** zu.

Vor Antauf wird gewarnt.  
**Drägerwerk Lübeck.**

Es bleibt dabei!

Für Gold-, Silber-, Platin-, Double, Sachen und Bruch, Gebisse, Zähne, Bestecke, gold-, silb., Uhren, Münzen

usw. erhalten Sie bei **Westfelling** Holstenstraße 32 doch die höchsten Preise!

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahrradrahmen

zu haben in der Buchhandlung **Friedrich Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

+Räugerkeit+

Schöne volle Körnerformen durch unser **„Lep“** Malz in 6 bis 8 Wochen bis 90% Reife. Ganz ohne Zusatz nachträglich. Erstlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Listen mit Geb.-Zimm. M. M., Porto gratis. **Alleinige Niederlage: Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mühlenstr. 10.** (4975)

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.  
Dienstag, den 1. August, abends 7 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung** im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal.  
2. Bericht vom Ortsauschuß.  
3. Die Unterstufungsfrage der durch den Streik auf der Ueberlandzentrale arbeitslos gewordenen Kollegen.  
4. Innere Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Die Ortsverwaltung. (5025)

**Konzert- u. Ballhaus „Flora“**  
Morgen Sonntag:  
**Großer Ball.**  
Anfang 5 Uhr. (5041)

**Girozentrale Lübeck**  
Öffentliche Bankanstalt mündelsicher  
Zweiganstalt der Girozentrale Schleswig-Holstein (5035)  
ist laut Reichsgesetz

Zeichnungsstelle für die Deutsche Zwangsanleihe von 1922.  
Fleischhauerstr. 13. Fernruf 8741-8743.

Kenner bevorzugen das gute **Lübecker Pilsner** aus der **Athenbierbrauerei Lübeck.** 14 Niederlagen. (5031)

Die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Alfen, Flaschen usw. erhalten Sie bei **Fr. Erdmann, Glodenzieherstr. 61. Fernruf 2751.** (5000)

Wenn das Gas versagt, hilft Ihnen **Rieschels Wellrieh-Grudeherd.** Vorführung jederzeit nur bei **Adolf Bergfeldt, Mühlenstr. 44.** (5045)

## Lübecker Schützen- u. Volksfest

vom 30. Juli bis 6. August auf der Walkmühle.  
Gartenkonzerte, Kunstvorträge, Volksbelustigungen aller Art. (5033) Schießen für jedermann auf die allgemeinen Scheiben.

**Tonhalle!**  
Heute! Neueröffnung mit neuen Klappstühlen, neuer Dekoration, Beleuchtung, vorzüglichem Orchester, und dem großen Sittentanz in 6 Akten:

**Lebenshunger**  
oder: Sie nimmt mir den einzigen Mann, den ich je geliebt habe.  
Hauptrollen: Ressel Orta, Karl Husar.

**Der Scheck auf den Tod.**  
Ein aufregendes Spiel in 6 Akten. (5018)  
Hauptrollen: Erra Rognar, Curt Middendorf.

**Adipipoder.**  
Ein hohes Lustspiel in 3 Akten. Hauptrolle: Viktor Plagge.  
Sonntag große Kindervorstellung.  
Preise der Plätze: Ref. 6.75. Sperrf. 5.40. 1. Platz 4.05. 2. Platz 2.70.

Ad. Hübner Uhrmacher  
Friedrichstr. 13.  
Uhr- u. Goldwarenhdg.  
u. Reparaturwerkst. (4975)

**Zahn-Praxis**  
W. Rylewsky  
Breite Str. 7, Telefon 1253.  
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, etc.  
Anwärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbehandelt. (4997)

**Wanzen**  
wie jedes Ungeziefer beseitigt unter Garantie **Fr. Kröger, beerdigt, Sommerjäger u. öffentl. Sachverständ., Alfstr. 3 Fernr. 1794.** Radikalmittel gegen Kopfflähe (4987)

**Beste Preise für Gold, Silber, Platin, Double (Bruch und Gegenstände) Brillanten** zahlt (4993) **Carl Mischakow, Mühlenstraße 3 (am Klingenberg).**

**Berein „Fris Kender“ Lübeck**  
Sonnabend, den 6. August:  
**Sommer-Fier** in'n Kolosseum.  
Lose geht dat nachmiddags Klock 4.  
Dat Friescheef'n is morgens von Klock 10-1 un nachmiddags von 4-7.  
4974) De Vorstand.

**Weißer Engel.**  
Jeden Sonntag und Freitag: (5002)  
**Großer Ball.**

**Konditorei Starke Kaffeehaus**  
Königsstr. 25  
Täglich von 10 Uhr früh: **Frisches Gebäck!**  
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (4980)  
Lieferung, aus. d. Hause f. schnellste Erledig.

**Spaßvogel**  
Café und Restaurant. (5005)  
**Tägl. Stimmungsmusik**  
Paul Sievert. Dankwartsgr. 13

## Sozialdemokrat. Frauen Distrikt Marii.

Montag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Groth, Rottwischstraße:

**Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Die Frau in der Jugendpflege. Redner: Gen. O. Passarge.  
2. Musikprache.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. (5019) Kaping.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung** der (5026) **Kohlenplatzarbeiter** am Montag, dem 31. Juli abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tages-Ordnung:  
Bericht von den Lohnverhandlungen.  
Die Ortsverwaltung.

**Freier Wasser-sport-Verein in Lübeck.**

**Generalversammlung** am Montag, 31. Juli im Arbeiter-Sportheim, Gundestraße 41.  
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. (5015)  
Der Vorstand.

**Kranken- u. Sterbetafelte gewerblicher Arbeiter.**

**General-Versammlung** am Montag, dem 31. Juli abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Kasernenbericht vom 1. und 2. Quartal 1922.  
2. Verschiedene Kasernenangelegenheiten.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. (4975) Der Vorstand.

**Mir oder Mich?**  
Lesen und Nachschlagebuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.  
Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter.  
Leichtfänglich dargestellt von Carl Mann, Lehrer. **Preis 15.00 RM.**  
Verlags. Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

**Stadttheater Lübeck**  
Ausgabe der Abonnementskarten für alle Tage am Sonnabend, den 29. Juli von 9-1 Uhr in der Theaterkassendruckerei, Gruppe 6-8 (3. Rang). Banküberweisungen: Sommerbank. Diese Karten können 3 Tage nach der Ueberweisung in der Theaterkassendruckerei (Gingangsdruckerei) in Empfang genommen werden. (5015)

Spez. Verlobungs... 333,588 u. 900  
Schm... faden  
Taschen- u. Weckub  
**Willi Westfelling**  
32 Holten- 3  
Verein „Freundschaft Seeretz Gasthof „Zur Bör“  
Sonntag, den 30. Juli  
Großer  
**Sommernachts-B**  
mit Ueberführung  
Anfang 8 Uhr.  
Hierzu laden freundlich ein  
Der Festausst. und F. Huber

**Grüner Süßerbuden**  
Jeden Sonntag  
Familien-Kränzchen

Gesellschaftshaus u. **Café Muuß**  
Israelsdorf, 501  
Morgen Sonntag  
Im weißen Saal:  
**Künstlerkonzert**  
Im großen Saal:  
**Konzert**  
mit Tanzeinlagen u. Künstl.-Vorträgen  
Anfang 4 Uhr.

**Friedrich Franz Halle**  
Neben Sonntag 4 Uhr  
**Sanzkränzchen**  
Empfehle meinen schön-schattigen Garten Gemüthlicher Aufenthalt und Gelächter.  
Eintritt frei. (4984) L. Stamer.

**Sindenbo**  
Israelsdorf.  
Morgen Sonntag  
**Vornehme Ballmusik**  
Anfang 4 Uhr nachm.  
Zu den Bestand der freier Zutritt.  
Tel. 1910. (4984)  
Victor Klempner

**Hansatheater**  
Heute und folgende Tage abends 8 Uhr  
Der sich täglich steigende Erfolg der Operette **„Mara Santro“**  
Eine Liebesgeschichte aus den bulgarischen Rosenfeldern.  
Säfte: Willi Schenck  
Kurt Bissen, Ado Trimborn, Dir. Ernst Albert. (5003)

**Stadttheater Lübeck**  
Eröffnung der Spielzeit 1922/23. (5004)  
Dienstag, 1. Aug., Ab. 7 1/2 Uhr: **Hans Hellwig**  
Romantische Oper von Heinrich Marschner.  
Mittwoch, 2. Aug., Ab. 7 1/2 Uhr: **Fiesko**  
Trauerspiel von Friedrich von Schiller.  
Donnerstag, 3. August, Ab. 7 1/2 Uhr:  
**Orpheus und Eurydike**  
Oper von Chr. Gluck.

**Stadttheater Lübeck**  
Ausgabe der Abonnementskarten für alle Tage am Sonnabend, den 29. Juli von 9-1 Uhr in der Theaterkassendruckerei, Gruppe 6-8 (3. Rang). Banküberweisungen: Sommerbank. Diese Karten können 3 Tage nach der Ueberweisung in der Theaterkassendruckerei (Gingangsdruckerei) in Empfang genommen werden. (5015)